

Städte I(i)eben Vielfalt Integration von Flüchtlingen – Herausforderungen und Perspektiven in den Städten

**Dokumentation der 4. Integrationskonferenz
des Deutschen Städtetages
In Kooperation mit der Stadt Bochum
Gefördert von der Robert Bosch Stiftung**

Städte I(i)eben Vielfalt – Integration von Flüchtlingen – Herausforderungen und Perspektiven in den Städten

Dokumentation der 4. Integrationskonferenz des Deutschen Städtetages vom 20./21. Januar 2016 in Bochum

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Vorwort	3
Eröffnung und Begrüßung	
- Thomas Eiskirch, Oberbürgermeister der Stadt Bochum	4
- Dr. Helmut Fogt, Beigeordneter des Deutschen Städtetages	7
- Susanne Köllner, Leiterin des Kommunalen Integrationszentrums Bochum	9
Flüchtlingszuwanderung aus integrationspolitischer Perspektive Aydan Özoğuz, Staatsministerin bei der Bundeskanzlerin und Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration	12
Zuwanderung als Chance für Städte: Herausforderungen und Perspektiven Prof. Dr. Haci Hali Uslucan, Stellv. Vorsitzender des Sachverständigenrats deutscher Stiftungen für Integration und Migration (SVR) GmbH	17
Aufnahme und Integration von Asylbewerbern und Flüchtlingen in den Städten Fritz Kuhn, Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Stuttgart - <i>mündlicher Beitrag, nicht dokumentiert</i> -	
Flüchtlingsintegration konkret: Schlaglichter aus den Städten	
• Städtebaulich integrierte Unterbringung von Asylbewerbern und Flüchtlingen Jörg Süshardt, Amtsleiter Sozialamt Dortmund	39
• Förderprojekt für geduldete Jugendliche und Heranwachsende Dagmar Dahmen, Leiterin der Ausländerbehörde der Stadt Köln	48
• Koordination von ehrenamtlichen Engagement in den Bochumer Stadtteilen Nord und Südwest Heinrich Donner und Marc Gräf, Bezirksbürgermeister von Bochum Nord und Bochum Südwest - <i>mündliche Beiträge, nicht dokumentiert</i> -	
Zusammenfassung der Konferenz Dr. Helmut Fogt, Beigeordneter des Deutschen Städtetages	56

Vorwort


Unter dem Motto „Integration von Flüchtlingen – Herausforderungen und Perspektiven in den Städten“ stand eine Tagung des Deutschen Städtetages gemeinsam mit dem Kommunalen Integrationszentrum der Stadt Bochum. Es war die nunmehr vierte Veranstaltung der überaus erfolgreichen Konferenzreihe „Städte I(i)eben Vielfalt!“, finanziell gefördert durch die Robert Bosch Stiftung. Dafür gebührt der Stiftung unser herzlicher Dank.

Der Kreis der rund 200 Teilnehmenden aus dem gesamten Bundesgebiet war bunt. Vertreterinnen und Vertreter der Städte, von Bund, Ländern und weiteren mit Integration befassten Institutionen waren ebenso anwesend wie die interessierte Fachöffentlichkeit. Die Diskussion schloss namhafte Experten aus Politik, Wissenschaft und Praxis ein und drehte sich um die aktuellen Themenfelder: die erfolgreiche Integration von Flüchtlingen in Arbeit und Ausbildung, in Schule und Kindergarten, die Vermittlung von Sprache, die Koordination von ehrenamtlichem Engagement und die Versorgung mit angemessenem Wohnraum. Vielfältige interessante und impulsgebende Konzepte, Ansätze und Modellprojekte aus den Städten wurden vorgestellt und erörtert, sodass die Teilnehmenden wertvolle Anregungen für die praktische Arbeit vor Ort mitnehmen konnten.

Die nun vorliegende Tagungsdokumentation präsentiert Beiträge und Präsentationen der Referentinnen und Referenten. Wir danken allen, die uns Texte zur Verfügung gestellt haben. Die Dokumentation wird dazu beitragen, dass die Erkenntnisse und Informationen aus der Konferenz einem breiteren Publikum bekannt werden und in die jeweiligen Arbeitszusammenhänge einfließen können.

Der Deutsche Städtetag stellt sich in den Dienst der Förderung der Integration vor Ort. Es gilt, die Bedingungen für das Gelingen des gemeinschaftlichen Zusammenlebens voranzubringen und wissenschaftliche Erkenntnisse und praktische Erfahrungen zusammenzuführen. Deshalb werden wir weitere Veranstaltungen zum Thema Integration von Flüchtlingen organisieren.

Ich bedanke mich herzlich bei allen an der Konferenz in Bochum Beteiligten für ihr großes Engagement!



Helmut Dedy

Hauptgeschäftsführer
des Deutschen Städtetages

Eröffnung und Begrüßung

Oberbürgermeister Thomas Eiskirch, Stadt Bochum

Sehr geehrte Frau Staatsministerin Özoğuz,
liebe Kolleginnen und Kollegen aus den Räten und Verwaltungen,
meine sehr verehrten Damen und Herren,

mit Ihrem Beschluss, die diesjährige Integrationskonferenz des Deutschen Städtetages in Bochum durchzuführen, haben Sie eine gute Entscheidung getroffen. Dies sage ich nicht nur als ein Mann, der gerne Oberbürgermeister dieser Stadt mitten im Herzen der Metropole Ruhr ist, sondern auch deshalb, weil Ihr diesjähriges Tagungsmotto „Städte I(i)eben Vielfalt“ für Bochum seit langem gelebte Realität ist.

Für das vielfältige positive Miteinander in dieser Stadt stehen Menschen aus rund 175 Ländern, die hier in ihrer überwältigenden Mehrheit friedlich und einander respektierend zusammenleben. Dieses gilt ebenso für die verschiedenen Glaubensgemeinschaften, die in unserer Stadt zuhause sind. Ihre Kirchen, Moscheen, Tempel und die jüdische Synagoge sind sichtbarer Ausdruck dafür.

Ich will jetzt gleichwohl nicht den Eindruck erwecken, dass in Bochum beim Thema „Integration“ alles „Friede, Freude, Eierkuchen“ ist. Auch in unserer Stadt gibt es Bestrebungen sowohl von rechtsradikaler als auch von islamistisch-salafistischer Seite, das friedliche Zusammenleben der verschiedenen Nationalitäten und Glaubensgemeinschaften zu stören.

Doch wir nehmen solche Aktionen nicht widerstandslos hin. Hierfür steht beispielsweise das Projekt „Wegweiser“. Mit diesem Programm, bei dem Bochum Modellstadt und in dem Ihr gestriger Gastgeber im Q1, die IFAK, Träger vor Ort ist, wird jungen Menschen, die sich dem Salafismus zugewandt haben bzw. offen dafür sind, eine andere, eine bessere Perspektive geboten.

Die ersten positiven Erfolge stimmen mich ebenso zuversichtlich den richtigen Weg eingeschlagen zu haben wie Projekte aus der Zivilgesellschaft, mit denen unsere gemeinsamen Werte offensiv gegen die dumpfen Vertreter von Ausländer- und Fremdenhass verteidigt werden.

Lassen Sie mich in diesem Zusammenhang noch eine kurze Anmerkung machen. Um all diese Projekte noch besser zu vernetzen und die Arbeit noch effektiver zu machen, habe ich in meinem Büro eine eigene Koordinierungsstelle für den Bereich „Diversity“ eingerichtet. Damit soll auch nach außen deutlich werden, welch hoher Stellenwert dem Thema „Vielfalt“ inzwischen zukommt.

Meine Damen und Herren,

die „Integration von Flüchtlingen“ steht als aktuelles Thema auf Ihrer Tagesordnung.

Der rasante Anstieg der Zuwanderung von Schutzsuchenden im letzten Jahr ist an den Städten und Gemeinden nicht spurlos vorübergegangen. Keine Frage: Was die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Kommunalverwaltungen sowie zahllose ehrenamtlich agierende Mitbürgerinnen und Mitbürger in den letzten Monaten geleistet haben, verdient allerhöchste Anerkennung. Als Repräsentantinnen und Repräsentanten der deutschen Städte und Gemeinden können wir stolz darauf sein, dass mit außerordentlichem Engagement für eine Willkommenskultur gesorgt wurde, die ihresgleichen sucht.

Gleichwohl sind – trotz dieses vorbildlichen Einsatzes vieler – in zahlreichen Kommunen die Unterbringungsmöglichkeiten inzwischen ausgereizt! Ebenso ist die Leistungsfähigkeit der Städte und Gemeinden an einen Punkt gekommen, an dem auch beim besten Willen nichts mehr geht! Deshalb will ich es an dieser Stelle noch einmal deutlich sagen:

Die Versorgung und Integration von Flüchtlingen ist eine gesamtstaatliche Aufgabe, bei der die Kommunen immer noch die Hauptlast tragen. Deshalb ist es unverzichtbar, dass die bereitgestellten Mittel bei den Städten und Gemeinden ankommen.

Wir engagieren uns gerne, aber dürfen dabei nicht alleingelassen werden!

Sicherlich sind wir dankbar, dass wir im Rahmen der Erstaufnahme unterstützt werden. Doch bleiben immer noch hohe Kosten übrig, auf denen wir sitzen bleiben. Lassen Sie mich dieses am Beispiel des Flüchtlingsaufnahmegesetzes NRW verdeutlichen. In Bochum leben aktuell ca. 5.300 Schutzsuchende. Für 4.000 von ihnen erhalten wir die in der Zwischenzeit dankenswerterweise bereits erhöhte Pauschale von gut 10.000 Euro nach dem FlüAG.

Dieser „Einnahmeseite“ stehen jedoch Kosten in Höhe von 14.000 Euro gegenüber. Auch ohne Taschenrechner macht allein diese Zahl klar, welche Belastungen hier von einer Stadt zu tragen sind, die sich in der Haushaltsicherung befindet. Hinzu kommen stark gestiegene Kosten für die Beschaffung von Containern, mobilen Unterkünften, Catering, die es allen deutschen Kommunen immer schwieriger machen, die übertragenen Aufgaben zu stemmen. Und dass die Kosten für die Menschen, die sich aufgrund einer Duldung bei uns aufhalten, allein von uns geschultert werden, macht die Sache nicht einfacher. Hier muss dringend Abhilfe geschafft werden!

Und lassen Sie mich in diesem Zusammenhang auf einen weiteren Aspekt hinweisen, bei dem dringend gehandelt werden muss. Bis jetzt haben wir mit dem Bund über Mittel verhandelt für diejenigen, die kommen. Nun müssen wir über die Gelder reden, die wir dringend für die Integration derjenigen brauchen, die bleiben!

Meine Damen und Herren,

wenn auch am heutigen Tage die Flüchtlinge im Fokus unserer Arbeit stehen, möchte ich den Blick noch auf das Thema „Zuwanderung“ im Allgemeinen lenken. Die Anerkennungsquoten als Flüchtling oder Asylbewerber weisen enorme Bandbreiten auf, je nachdem aus welchem Teil dieser Welt die Zuwanderer zu uns kommen.

Es ist meines Erachtens müßig zurückzublicken, ob ein Zuwanderungs-gesetz bereits seit langem hätte verabschiedet werden müssen. Vielmehr geht es heute darum, Zuwanderung für die Zukunft zu steuern! Sowohl wirtschaftliche Leistungs-fähigkeit der Kommunen als auch die Bereitschaft der einheimischen Bevölkerung, Zuwanderung zu akzeptieren – und das darf an dieser Stelle nicht verschwiegen werden – sind nicht grenzenlos!

Nicht zuletzt die beschämenden Ereignisse in Köln und anderen Städten in der Neujahrsnacht haben gezeigt, wie dünn das Eis werden kann, auf dem wir uns alle bewegen. Dabei ist es unerlässlich, sich nicht von manchmal naiver und manchmal perfider Stammtisch-Mentalität anstecken zu lassen. Wir müssen in unseren Städten und Gemeinden den Schutzsuchenden und Zuwanderern weiterhin nüchtern, realistisch und zugleich gastfreundlich begegnen! Ein erneutes deutliches Zeichen einer Willkommenskultur muss unsere Antwort an alle sein, die mit ihren Vorschlägen zu einer „Aufrüstung der Bürgerschaft“ eine üble Scheindebatte entfachen wollen. Das Gewaltmonopol in diesem demokratischen Deutschland liegt beim Staat und nicht bei irgendwelchen selbsternannten Bürgerwehren!

Darüber hinaus ist es von enormer Wichtigkeit, das Thema „Schutzsuchende“ stärker als bisher mit unseren europäischen Partnern zu koordinieren. Ein auf europäischer Ebene abgestimmtes „Aufnahmeverhalten“ ist dabei ebenso unerlässlich wie es Zeichen eines solidarischen Miteinanders in der EU ist.

Zudem muss in diesem Zusammenhang die Frage nach den Zuwanderungsursachen gestellt werden. Auch wenn wir es als Städte und Gemeinden nicht in unserer Hand haben, müssen die Verhältnisse in den Herkunftsländern so verändert werden, dass diese ihren Bürgerinnen und Bürgern akzeptable Lebensbedingungen und Perspektiven bieten. Dort, wo dieses aus eigener Hand nicht leistbar ist, müssen wir als Deutschland, als Europäische Union vor Ort helfen. Eine solche Vorgehensweise ist meines Erachtens alternativlos.

Wenn es uns nicht gelingt, die Menschen dazu zu bewegen, in ihrer Heimat zu bleiben, wird – bei aller Notwendigkeit eines besseren Schutzes der EU-Außengrenzen – kein Zaun, kein Grenzsystem und kein noch so gut ausgestatteter Grenzschutz in der Lage sein, Zuwanderung nennenswert zu reduzieren.

Meine Damen und Herren,

nach den Anschlägen vom 13. November letzten Jahres in Paris hat die Bochumer Stadtgesellschaft eine Erklärung verabschiedet. In ihr heißt es u. a.:

„Unser Zusammenleben gründen wir auf dem Respekt vor dem Anderen und darauf, dass niemand das Recht hat, sich zum Herren zu machen über andere – egal, welches Geschlecht und welche Hautfarbe sie haben, welche Überzeugung sie vertreten und welchen Gott sie bekennen. Wir achten uns, gerade weil wir verschieden sind, weil wir verschiedene Ansichten haben, weil wir Konflikte demokratisch regeln und ohne Gewalt. Wir achten uns, wir ächten den Terror.“

Mit dieser „Bochumer Erklärung“, die Ausdruck des humanistischen common sense aller gesellschaftlich relevanten Gruppen in dieser Stadt ist, konnten wir ein deutliches Zeichen setzen, das weit über die Grenzen unserer Stadt hinaus positiv zur Kenntnis genommen und unterstützt wurde. Ich bin dankbar für diese Anerkennung, sehe ich sie doch als ein solidarisches Zeichen der Gemeinsamkeit. Denn es ist heute wichtiger denn je, entschieden für ein friedliches Miteinander der Völker, der Kulturen und der Religionen einzutreten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

die Erfahrung, dass Mitbürgerinnen und Mitbürger ehrenamtlich ebenso bereit sind wie die hauptamtlichen Kolleginnen und Kollegen im Rathaus und bei den Hilfsorganisationen sich für die Integration der Schutzsuchenden einzubringen, stimmt mich zuversichtlich. Ich bin davon überzeugt, dass wir in einigen Jahren mit Stolz darauf zurückblicken werden, dass es uns gelungen ist, Menschen bei uns aufzunehmen, die sich als Bereicherung in kultureller, aber auch wirtschaftlicher Hinsicht erwiesen haben.

Und zwar aufzunehmen und zu integrieren, ohne die berechtigten Interessen der bei uns schon lange lebenden Bürgerinnen und Bürger zu vernachlässigen. In diesem Sinne wünsche ich Ihnen eine informative Konferenz mit vielen neuen Eindrücken, guten Gesprächen und vielen Anregungen für Ihre eigene Arbeit vor Ort.

Begrüßungsrede

Dr. Helmut Fogt, Deutscher Städtetag

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

ich darf Sie namens des Deutschen Städtetages recht herzlich begrüßen zu unserer Konferenz unter dem Titel „Städte l(i)eben Vielfalt – Integration von Flüchtlingen – Herausforderungen und Perspektiven in den Städten“, die wir gemeinsam mit der Stadt Bochum und dem Kommunalen Integrationszentrum Bochum heute durchführen. Die Konferenz wird gefördert von der Robert Bosch Stiftung, wofür wir der Stiftung sehr dankbar sind.

Ich darf mich an dieser Stelle zunächst selbst vorstellen – mein Name ist Helmut Fogt, ich bin Dezernent für Recht und Verwaltung beim Deutschen Städtetag, insofern zuständig für das Thema Integration von Flüchtlingen und Zuwanderern, und habe die Freude, Sie heute durch das Programm der Konferenz führen zu dürfen. Eigentlich war diese Aufgabe dem Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städtetages, Herrn Dr. Stephan Articus, zugeordnet, der jedoch leider erkrankt ist.

Besonders begrüßen möchte ich zu Beginn als Mitveranstalter der Konferenz Herrn Oberbürgermeister Thomas Eiskirch von der Stadt Bochum, Frau Susanne Köllner, die Leiterin des Kommunalen Integrationszentrums Bochum, Frau Sara Genc und Frau Nathalie Rajevic von der Robert Bosch Stiftung sowie unsere Hauptreferentin, Staatsministerin bei der Bundeskanzlerin und Beauftragte der Bundesregierung für Migration und Flüchtlinge, Frau Aydan Özoğuz und die Hauptreferenten Herrn Prof. Dr. Hacı Hali Uslucan, stellvertretender Vorsitzender des Sachverständigenrats deutscher Stiftungen für Integration und Migration sowie Herrn Oberbürgermeister Fritz Kuhn von der Landeshauptstadt Stuttgart.

Die Veranstaltung findet in diesem Format seit 2011 heute bereits zum vierten Mal statt. Allein dies zeigt schon, dass das Thema Integration von Zuwanderern die deutschen Städte schon lange und intensiv beschäftigt, im Grunde bereits seit vielen Jahren und Jahrzehnten. Mit der Planung für die heutige Veranstaltung haben wir begonnen, lange bevor die Zuwanderungszahlen derartig angeschwollen sind, wie dies gegenwärtig der Fall ist. Damit stellt sich heute vieles – wenn auch keineswegs alles – grundlegend anders dar, als dies noch bei unserer letzten Veranstaltung im vergangenen Frühjahr der Fall war. Die Integrationsbemühungen der Städte und Gemeinden sehen sich heute ganz neu und wesentlich grundsätzlicher herausgefordert, als in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten. Wir haben uns gleichwohl entschieden, diese Konferenz im bisherigen Format durchzuführen, wobei praktische Fragen der Integration vor Ort, die Präsentation guter Beispiele und der Erfahrungsaustausch im Vordergrund stehen sollen. Aber die dramatisch veränderten Rahmenbedingungen für Flüchtlingsaufnahme und Flüchtlingsintegration werden unvermeidlich auch heute im Vordergrund der Betrachtung stehen.

Lassen Sie mich einleitend einige Bemerkungen zu den veränderten Rahmenbedingungen machen. Im vergangenen Jahr sind 1,1 Millionen Asylbewerber und Flüchtlinge in Deutschland registriert worden. Knapp die Hälfte von ihnen haben einen Antrag auf Asyl gestellt – das sind weit mehr als doppelt so viele wie im Vorjahr 2014. Aber auch die übrige halbe Million Menschen wollen überwiegend bei uns in Deutschland bleiben – ob asylberechtigt oder nicht. Sollte sich – wie wir alle hoffen – die Situation in den Herkunftsländern zum Besseren wenden, so werden viele dieser Menschen in ihre Heimat zurückkehren. Aber einstweilen hat der größere Teil von ihnen die Absicht, auf Dauer in Deutschland heimisch zu werden. Darauf müssen wir uns einstellen.

Gerade uns in Deutschland ist dies nicht unwillkommen, und zwar aus durchaus eigennützigem Interesse. Unsere Bevölkerung schrumpft bekanntlich – die demografische Lücke, die es zu füllen gilt, liegt gegenwärtig bei rund 300.000 Menschen jährlich. Allerdings muss gleich dazu gesagt werden, dass die Menschen, die in den vergangenen Monaten aus den Bürgerkriegsländern im Nahen und Mittleren Osten zu uns gekommen sind, nur sehr bedingt die Voraussetzungen mitbringen, um etwa den bestehenden Bedarf an Facharbeitern und anderen qualifizierten Berufen bei uns zu decken.

Die Aufgaben, die es zu erfüllen gilt, um Menschen aus anderen Ländern oder auch anderen Kulturkreisen bei uns heimisch werden zu lassen, sind einigermaßen klar definiert und sie sind auch nicht neu, sie müssen allerdings neu akzentuiert werden. Es geht zu allererst um die Vermittlung unserer Sprache – das A & O aller Integrationsbemühungen. Es geht um Orientierung im Alltag, in unserer Kultur und Gesellschaft, in unserer Rechts- und Werteordnung – wie elementar wichtig dies ist, hat sich zumal nach den Kölner Vorkommnissen erneut bestätigt. Es geht um Bildung, Ausbildung, Vermittlung berufspraktischer Kenntnisse und Fertigkeiten. Es geht um Beschäftigungsförderung und Vermittlung geeigneter Arbeitsplätze. Und es geht um angemessene Unterkünfte, Wohnungen, um Integration in das Wohnumfeld.

Alle diese Aufgaben sind zumal für die Städte in Deutschland nichts wirklich Neues. Wir haben Generationen von Migrantinnen und Migranten durchaus nicht ohne Erfolg bei uns aufgenommen und integriert. Erfolgreich waren wir jedenfalls im Vergleich mit anderen Ländern, die vor ähnlichen Aufgaben standen und stehen. Was neu ist, das ist die schiere Dimension dieser Zuwanderung und das ist zweifellos auch ihre Zusammensetzung. Natürlich ist es etwas anderes, Menschen aus dem arabischen Kulturkreis bei uns aufzunehmen als Zuwanderer aus EU-Nachbarstaaten – die es ja auch noch gibt, in erheblicher Dimension, vor allem aus Polen, Rumänien und Bulgarien, auch mit spezifischen Problemen, die die EU-Zuwanderung zumal in einzelnen Städten und Metropolregionen verursacht.

Die deutschen Städte verfügen über viele gute Erfahrungen mit Integration, aber es kommt auch darauf an, aus Fehlern und Misserfolgen der Vergangenheit zu lernen. Ich denke, was wir dringend vermeiden müssen ist, dass es zu einer weiteren Zusammenballung von Zuwanderergruppen in einzelnen Großstädten und Ballungszentren kommt. Tendenzen hierzu gibt es längst. Das würde zu einer fatalen Schieflage führen – völlige Überforderung der Zentren zumal hinsichtlich Wohnraumbeschaffung, aber auch Zurverfügungstellung aller übrigen Integrationsangebote, Unterforderung ländlicher Regionen. Wir sind seitens des Deutschen Städtetages überzeugt, dass insofern an Wohnsitzauflagen für die Zuwanderer, soweit sie auf Sozialleistungen angewiesen sind, kein Weg vorbeiführen wird.

Die Städte sind, was das Knowhow angeht, was einzelne Konzepte und Maßnahmen anlangt, für die Integration auch vieler Hunderttausender von Menschen gut gerüstet. Dies wird sicherlich auch die heutige Tagung zeigen. Das Problem sind die erforderlichen Kapazitäten und Ressourcen. Hier wird es nicht ohne eine Verdoppelung und Verdreifachung des Einsatzes von Bund und Ländern gehen, wenn wir erfolgreich sein wollen. Erhebliche Ausweitung des Angebots an Sprach- und Integrationskursen, Ausbau von Kapazitäten in Kindertageseinrichtungen und Schulen einschließlich des erforderlichen Personals, erhebliche Ausweitung der Beschäftigungsförderungsprogramme in den Jobcentern, adäquate Wohnbauförderung und vieles, vieles mehr.

Und am Ende, auch das wissen wir alle, werden wir nur Erfolg haben, wenn es gelingt, die Fluchtursachen zu beseitigen, die Flüchtlinge in Europa vernünftig zu verteilen, die Zuwanderung in unser Land wirksam zu steuern. Denn nur wenn es gelingt, die Zuwanderung nach Deutschland gegenüber dem bisherigen Stand erheblich und nachhaltig herunterzufahren, haben wir eine Chance, die, die bereits gekommen sind und die, die bei uns bleiben wollen, wirkungsvoll in unsere Gesellschaft zu integrieren.

Begrüßungsrede

Susanne Köllner, Kommunales Integrationszentrum Bochum

Sehr geehrter Herr Dr. Fogt,
sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

als Leiterin des Kommunalen Integrationszentrums der Stadt Bochum freue ich mich ganz besonders, dass die diesjährige Konferenz des Deutschen Städtetages in Bochum stattfindet und ich begrüße Sie alle auf's Herzlichste in dieser, in meiner Stadt.

Zunächst einmal kurz als Erklärung: Kommunale Integrationszentren gibt es in dieser Form ausschließlich in Nordrhein-Westfalen. Sie wurden aus den seinerzeitigen RAA's durch die Initiative und in Zusammenarbeit der Ministerien für Arbeit, Integration und Soziales sowie Bildung und Wissenschaft gegründet. Hauptaufgaben Kommunalen Integrationszentren sind die Beratung und Unterstützung der Regelsysteme, also anderer Dienststellen, Schulen, Kitas und Vereine/Verbände sowie die Koordination, Bündelung und Mitsteuerung örtlicher Integrationsangebote.

Dazu gehört neben der Entwicklung von Konzepten und Projekten auch die Beratung und Unterstützung von Kindern, Jugendlichen und Eltern beim Seiteneinstieg in Schule, beim Zugang zu Bildungs- und Ausbildungswegen, schulisch und außerschulisch.

Dass dieser letzte Punkt derzeit in unserer Arbeit einen sehr großen Anteil einnimmt, können Sie sich sicherlich lebhaft vorstellen.

Meine Damen und Herren,

Städte lieben Vielfalt, Städte leben Vielfalt...
... dieses Motto ist seit Jahrzehnten für die Stadt Bochum gelebte Tradition.

Diese Stadt im Herzen des Ruhrgebietes hat in der Vergangenheit vieles bewältigen müssen: das sog. „Zechensterben“, der Weggang von Firmen wie Nokia vor einigen Jahren und zuletzt Opel vor einem guten Jahr hat die Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt vor große Herausforderungen gestellt.

Bochum hat diesen Strukturwandel immer mit Erfolg bewältigt, für und zusammen mit diesen Bürgerinnen und Bürgern.

Die Ansiedlung der Ruhruniversität vor rund 50 Jahren und nachfolgend die Ansiedlung weiterer Hochschulen hat Bochum zu einem Hochschulstandort werden lassen, der seinesgleichen sucht.

Die Entwicklung dieser Stadt hat bereits seit Mitte der 50er Jahre Menschen aus anderen Ländern angezogen, hat ihnen Arbeit und eine neue Heimat gegeben. Ein Großteil derer, die als „Gastarbeiter“ hierher gekommen sind, sind geblieben. Sie haben hier ihre Familie begründet und zum Aufbau dieser Stadt beigetragen. Heute sind sie ein nicht mehr wegzudenkender Bestandteil dieser Stadt.

Genauso, wie die ausländischen Studierenden aus mehr als 200 Staatsangehörigkeiten, die Bochum zu einer bunten und weltoffenen Stadt machen. Einige von Ihnen waren gestern bereits zum Come „Get together“ unsere Gäste.

Für die, die leider nicht dabei sein konnten:

Das Come „Get together“ fand im multikulturellen Zentrum Q1 statt.

Hierbei handelt es sich um ein gemeinsames Projekt der Ev. Kirchengemeinde Stahlhausen mit der Migrantenselbstorganisation IFAK e.V.

Diejenigen, die da waren, werden mir beipflichten:

Schöner kann man das „multikulturelles Leben“ einer Stadt nicht präsentieren ...

Ich will und kann nicht verhehlen, dass die derzeitige Entwicklung in der Flüchtlingsfrage die Stadt Bochum vor eine immense Herausforderung stellt. Insbesondere die Kommunen im Ruhrgebiet, die eben durch diesen häufigen Strukturwandel und durch das immer wiederkehrende Umdenken und die Umorientierung finanziell nicht unbedingt auf Rosen gebettet sind, fällt die finanzielle Belastung nicht leicht.

Und trotzdem möchte ich, und das ist meine ganz persönliche Meinung, nicht von einer Krise sprechen...

Herausforderung: ja

Krise: nein!!!

Nehmen wir das bürgerschaftliche Engagement.

Es ist nach wie vor außergewöhnlich, aber dazu werden Sie heute Nachmittag durch die Bezirksbürgermeister Marc Gräf und Henry Donner noch mehr erfahren.

Auch die städt. Dienststellen dieser Stadt arbeiten hervorragend Hand in Hand. Alles unter der Prämisse, auch diese Herausforderung zu meistern.

Meine Damen und Herren,

die furchtbaren Ereignisse der Vergangenheit, insbesondere die der Neujahrsnacht in Köln dürfen bei der Betrachtung nicht außer Acht bleiben. Niemand, aber auch wirklich niemand, ob mit oder ohne Zuwanderungsgeschichte hat das Recht, sich derart zu gebärden und andere zu verletzen, zu missbrauchen, zu bestehlen oder anzugreifen.

Und trotzdem dürfen diese Ereignisse nicht dazu führen, alle über einen Kamm zu scheren und die Flüchtlinge für alles verantwortlich zu machen, was an schrecklichen Dingen geschieht.

Dies alles darf nicht dazu führen, politischen Kräften, die wir in Deutschland nicht haben wollen, in die Karten zu spielen, ihren rechtspopulistischen Parolen Gehör zu verschaffen und sie damit in die Parlamente zu bringen. Und wir reden über drei Landtagswahlen, die 2016 anstehen ...

In unserer Nachbarstadt existiert bereits eine außerordentlich aktive, rechte Szene, die bislang, Gott sei Dank, nicht über die Stadtgrenzen geschwappt ist. Und so soll es auch bleiben.

Veranstaltungen wie diese tragen dazu bei, dass dies nicht passiert.

Meine Damen und Herren,

ich behaupte mit Fug und Recht: Bochum lebt Vielfalt ...
Bochum liebt Vielfalt ...

In diesem Sinne freue ich mich auf diese Konferenz und wünsche Ihnen und mir eine spannende Veranstaltung mit vielen neuen Impulsen.

Glück auf!

Flüchtlingenzuwanderung aus integrationspolitischer Perspektive

Aydan Özoğuz, Staatsministerin bei der Bundeskanzlerin und Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich freue mich sehr, heute in Bochum bei Ihnen sein zu dürfen. Gerade in der Flüchtlingspolitik ist die Stimme der Städte wichtig, wenn wir in Berlin über Asyl-Gesetze, Richtlinien, Auflagen oder auch über die Kosten der Unterbringung, Aufnahme und Versorgung von so vielen Schutzsuchenden, die in sehr kurzer Zeit gekommen sind und ja auch noch weiter kommen, beraten! Der Städtetag ist ein wichtiger Akteur in unserem Föderalismus und für mich als Beauftragte für all die Einwanderungs- und Integrationsfragen eine sehr wichtige Stimme.

Zu Beginn drei kurze Schlaglichter aus unseren Städten, die das Spannungsfeld unserer gemeinsamen Situation recht gut beschreiben:

- Münsters Oberbürgermeister Lewe sagte: „Es gibt unverändert enormes bürgerschaftliches Engagement für Flüchtlinge. Zugleich wird die Sorge größer, dass die Infrastruktur in Münster den kontinuierlich steigenden Zugängen nicht gewachsen ist.“
- Darmstadts Oberbürgermeister Partsch sagte: „Es gibt auch kritische Stimmen aus der Bürgerschaft, vor allem zu Fragen der Sicherheit im Quartier, zur ungleichen Verteilung der Flüchtlinge in Darmstadt und zu den Integrationsmöglichkeiten.“
- Und Sie, lieber Herr Oberbürgermeister Eiskirch, haben für Bochum festgestellt: „4.000 Schutzsuchende hat Bochum bisher aufgenommen. Das ist eine immense Herausforderung für Bochum. Aber ich habe keine Zweifel, dass wir sie gemeinsam bewältigen werden. Dabei werden wir aber auch die Belange derjenigen deutlich im Blick behalten, die schon lange hier leben. Zuwanderung aus welchen Gründen auch immer bedeutet Herausforderung, aber auch Bereicherung und Chance für die vorhandene Gemeinschaft.“

Nun wissen wir alle, dass Deutschlands Städte schon immer im Mittelpunkt von Wanderungsbewegungen standen. Dass es gerade auch Einwanderer in die Städte zieht, kann hier keinen ernsthaft überraschen. Was vielleicht in diesen angespannten Zeiten in der Debatte um Migration und Asyl vergessen wird, ist, dass die deutsche Binnenwanderung für unsere Städte teilweise eine sehr viel größere Bedeutung für den Arbeitsmarkt, die Demografie oder die Stadtentwicklung hat.

Städte sind natürlich auch deshalb attraktiv für Einwanderer und Flüchtlinge, weil sie hier oftmals persönliche Netzwerke finden, an die sie anknüpfen können, die ein erster Anlaufpunkt für sie in einer fremden Umgebung sind. Dadurch gibt es eine räumliche Konzentration von Zugewanderten, auch von bestimmten Zuwanderergruppen in bestimmten Städten oder Stadtteilen. Ich denke z. B. an Afghanen in Hamburg, Polen in Berlin oder – jetzt gerade im Fokus – Marokkaner in Düsseldorf. Viele von ihnen verdienen ganz legal ihr Geld und schicken zum Teil auch Gelder zurück in die Heimat zu ihren Verwandten. Zum Teil ist das eine größere Entwicklungshilfe als die Mittel der offiziellen Entwicklungszusammenarbeit. Natürlich gibt es auch Probleme und kriminelle Machenschaften, die wir nicht dulden können. Und die Vorkommnisse in Köln und in anderen Städten in der Silvesternacht erschüttern mich noch immer. Auch wenn Kriminalität in Großstädten leider nichts Ungewöhnliches ist: Es muss gerade auch bei Einwanderung oder

Flucht klar sein, dass man sich damit sehr schnell alle Möglichkeiten verbaut, bei uns eine Chance zu bekommen.

Nun sind ja Städte stets im Wandel, vor allem einzelne Stadtteile. Die Frage ist: Wieviel von diesem Wandel gestalten wir ganz aktiv mit?

Es gibt genügend Beispiele für Stadtteile mit vielen Bewohnern mit Einwanderungsgeschichte, die keineswegs als Verlierer dastehen. Früher stand z. B. Berlin-Kreuzberg im Ruf eines sozial abgehängten „Ausländer-Ghettos“. Und ich habe eine Wohnung in Berlin-Neukölln, das ja auch immer wieder als ein Problem-Stadtteil ausgemacht wird! Heute ist Kreuzberg einer der beliebtesten Stadtteile in Berlin, mit einer lebendigen Kunst- und Kulturszene. Und in Hamburg Ottensen, wo der Migrationsanteil sehr viel höher ist als in den meisten anderen Stadtteilen Hamburgs, finden Sie heute keine Wohnung mehr, weil der Stadtteil so beliebt ist. Durch eine aktive Stadtentwicklungspolitik kann es also durchaus gelingen, attraktive und gemischte Viertel zu schaffen. Zentrale Faktoren für eine solche Entwicklung sind Investitionen in Bildung, die Motivation der Anwohner, sich für die Entwicklung ihres Stadtteils einzusetzen, und ein gutes Quartiersmanagement.

Darum war es so wichtig, das Programm „Soziale Stadt“ wieder aufzustocken und zu einem Leitprogramm der sozialen Stadtentwicklung des Bundes auszubauen. Nach massiven Kürzungen in der Vergangenheit stehen für das Programm immerhin 150 Millionen Euro pro Jahr zur Verfügung. Aber das reicht nicht, wir sollten die Mittel des Bundes für das Programm mindestens verdreifachen - gerade auch mit Blick auf die aktuellen Flüchtlingszahlen! Insbesondere dort, wo größere Unterkünfte entstehen, müssen wir noch sehr viel stärker das Quartiersmanagement mitdenken. Viele der größeren Unterbringungen werden sicherlich länger stehen bleiben. Und eine gar nicht mal ethnische, sondern vor allem soziale Mischung kann man nur sehr schwer im Nachhinein hinbekommen.

Heute müssen wir mit Blick auf die Flüchtlingssituation feststellen, dass uns die Entwicklungen in der Welt wenig Hoffnung auf Besserung geben. Wegen der Kriege und Krisen sind laut UNHCR 60 Millionen Menschen auf der Flucht. 19 Millionen außerhalb ihres Landes. Bei uns in Deutschland zählten wir 2015 insgesamt 1,1 Millionen Schutzsuchende im EASY Registrierungssystem und es wurden rund 477.000 Asylanträge beim BAMF gestellt.

Klar, das stellt unser Land und unsere Städte vor gewaltige Herausforderungen. Ich weiß, wie sehr die Städte belastet sind und oftmals die Grenze der Belastbarkeit erreicht oder schon überschritten ist. Bund, Länder und Kommunen sind seit Monaten im Dauer-Krisen-Modus.

Wir sind uns sicher schnell einig, dass es jetzt zunächst darauf ankommt, die Flüchtlingszahlen und die Geschwindigkeit des Zugangs zu verringern und endlich mehr Ordnung in die Verfahren zu bringen. Denn es wird auch in einem wohlhabenden Land wie Deutschland nicht auf Dauer gehen, Tageszugänge von 5.000 - 8.000 Schutzsuchenden zu verkraften. Das heißt wir müssen – so fordert es auch der Städtetag in seinem Beschluss vom 26. November – auf internationaler, europäischer und nationaler Ebene entschlossen und koordiniert handeln, um die Flüchtlingszahlen zu verringern. Aber wir müssen auch stark bleiben, uns keinem Populismus hinzugeben und einfach Obergrenzen zu fordern. Das heißt: Keine Dinge fordern, deren Konsequenzen nicht zu Ende gedacht sind.

Den Städten möchte ich danken für ihren unermüdlichen und großen Einsatz, mit dem Sie die flüchtlingspolitischen Herausforderungen annehmen: Sie richten Unterkünfte in ungeahnter Zahl ein, sie schultern die gesundheitliche Versorgung, die Bereitstellung von Kita-Plätzen, die Beschulung oder die Vermittlung in Arbeit.

Es ist nachvollziehbar, wie schwierig es ist, wenn es schon Nothaushalte in den Städten gibt und dann noch die Aufgabe der Unterbringung und Versorgung von Flüchtlingen hinzukommt. Umso wichtiger wäre es, wenn alle Bundesländer ihren Kommunen die Kosten bei der Flüchtlingsaufnahme komplett erstatten würden!

Der Bund hat in den letzten Monaten viel zur finanziellen Entlastung der Länder und Kommunen getan. Ich möchte hier nur die 2 Milliarden Euro Soforthilfe für 2015 und natürlich die dauerhafte, strukturelle Entlastung über die Pauschale von 670 Euro pro Asylbewerber und Monat ab dem 1. Januar 2016 nennen. Die Pauschale ist ein echter Sinneswandel!

Ich kann den Unmut vieler Städte über die Asylverfahren und die vielen Altfälle beim BAMF verstehen. Ein Verfahren dauert im Schnitt derzeit 5,2 Monate (im Vorjahr: 7,1) und wir haben 365.000 Altfälle – beides ist zu viel. Deshalb haben wir im Bundeshaushalt 2016 noch einmal 4.000 Stellen für das BAMF. Für mehr Ordnung in den Verfahren wird jetzt der einheitliche Flüchtlingsausweis (schrittweise Einführung ab 1. Februar 2016) einen großen Beitrag leisten. Und ich erwarte, dass es noch mehr Asyl-Entscheidungen gibt und wir dann – und da sind die Länder in der Verantwortung – bei abgelehnten Bewerbern auch konsequent zurückführen. Das gehört zur Ehrlichkeit dazu!

Ich habe mir die flüchtlingspolitischen Positionen des Städtetages natürlich angeschaut, besonders den Beschluss des Hauptausschusses vom 26. November 2015. Auf einige Punkte möchte ich kurz eingehen, andere können wir dann gerne in der Diskussion besprechen:

zum Wohnungsbau

Der Bund hat in den letzten Monaten beim Wohnungsbau vieles auf den Weg gebracht:

- Die Bundesregierung investiert bis 2019 zusätzlich 2 Milliarden Euro in den sozialen Wohnungsbau. Das ist eine Verdoppelung der Kompensationsmittel des Bundes an die Länder. Ich freue mich, dass die Länder die zweckgebundene Verwendung der Mittel zugesagt haben, damit die Gelder auch tatsächlich in den sozialen Wohnungsbau fließen.
- Wir haben weitgehende Änderungen im Bauplanungsrecht, damit in sämtlichen Gebietsarten – auch in reinen Wohngebieten – sowohl Erstaufnahmeeinrichtungen als auch Gemeinschaftsunterkünfte in der Regel zugelassen werden können. Möglich ist auch eine generelle Abweichung von den Vorschriften des Baugesetzbuches, damit dringend benötigte Aufnahmeeinrichtungen und Gemeinschaftsunterkünfte schneller gebaut werden können. Der Bund wird zudem weitere Liegenschaften schnell und verbilligt für den sozialen Wohnungsbau überlassen. Bisher sind rund 150.000 Asylbewerber in diesen Liegenschaften untergebracht.

Diese Aufzählung ist nicht abschließend und es sind weitere Anstrengungen nötig, um ganz flexibel noch mehr Wohnraum zu schaffen:

- Aktuell ist Bauministerin Barbara Hendricks in Verhandlungen mit Finanzminister Schäuble, um weitere Anreize im Steuerrecht für den Bau von Wohnungen zu schaffen. Denkbar ist zum Beispiel eine zeitlich befristete, degressive Abschreibung für Gebiete mit erhöhtem Wohnungsbedarf.
- Wir müssen das modularisierte und serielle Bauen verstärken, um die Baukosten und Bauzeiten zu senken. Ich kenne die berechtigten Klagen über das deutsche Normungswesen mit seinen rund 3.300 baurechtlich relevanten Normen. Ministerin Hendricks ist hierzu in guten Gesprächen mit den Ländern und der Wirtschaft. Die Vorteile des modularisierten Bauens sind noch viel zu wenig kommuniziert, hier gibt es

wirklich gute Lösungen. In meiner Heimatstadt Hamburg haben wir in den 1990er Jahren für die vielen Aussiedler gute Anlagen gebaut.

- In Berlin ist übrigens vom 16. bis 19. Februar die Baufachmesse „bautec“, dort wird auf Bitten des Bauministeriums in einer Halle ganz gezielt über Bausysteme, die auch für Flüchtlingsunterkünfte genutzt werden können, informiert.
- Ein weiteres Thema, das mich bei der Flüchtlingsunterbringung umtreibt, ist der Leerstand von Wohngebäuden. Im Bundesland Hamburg ist der Leerstand – wie in vielen Großstädten – am geringsten, er liegt bei 1 %. In Sachsen-Anhalt liegt der Leerstand bei 20 %. Ich hatte diese Unterschiede schon vor über einem Jahr problematisiert. Ich will nicht den Königsteiner Schlüssel abschaffen, aber warum sollten die Bundesländern nicht bei fairem finanziellem Ausgleich Vereinbarungen treffen können, um Angebot und Nachfrage von Wohnraum für Flüchtlinge besser zu decken?
- Insgesamt sind natürlich mehr Investitionen am Wohnungsmarkt unverzichtbar. Wir müssen noch viel mehr in den sozialen Wohnungsbau investieren. Dabei muss eines immer klar sein: Wir dürfen niemals Wohnungsbau nur für Flüchtlinge, sondern für alle in unserem Land machen! Alle Menschen brauchen ein Dach über dem Kopf und guten, bezahlbaren Wohnraum.

Zur Wohnsitzauflage

Der Städtetag bittet die Bundesregierung zu prüfen, ob es eine Wohnsitzauflage für anerkannte Asylberechtigte, GFK-Flüchtlinge und subsidiär Geschützte, die Leistungen nach dem SGB II („Hartz IV“) beziehen, geben könne. Sie sollen nicht alle sofort in Ballungsräume ziehen.

Ich verstehe, dass es gerade für Städte wie Berlin, Köln oder Hamburg – und als Hamburgerin weiß ich ganz genau, wovon ich spreche! – auf Dauer schwierig wird, leistungsbeziehende Flüchtlinge aus anderen Bundesländern aufzunehmen.

Allerdings ist der Spielraum, den das Völkerrecht und das geltende EU-Recht dafür geben, sehr begrenzt. Das muss man sich klarmachen, wenn man über Wohnsitzauflagen nachdenkt. Und wir müssen uns auch fragen, ob es integrationspolitisch sinnvoll ist, wenn wir eine Wohnsitzauflage verhängen, das SGB II aber die Mobilität von Leistungsbeziehern fordert und Flüchtlinge sicherlich leichter dort einen Zugang zu Arbeit finden können, wo sie persönliche Netzwerke haben – und das ist oft in den Städten.

Deshalb müssen wir bei den Überlegungen zu einer Wohnsitzauflage genau prüfen, wie wir so eine Regelung ausgestalten. Dabei sollten wir die Erfahrungen des 2009 ausgelaufenen Wohnortzuweisungsgesetzes für Aussiedler nutzen. Die Auswertung des Gesetzes ergab, dass besonders vom Zuzug von Aussiedlern betroffene Kommunen eine Entlastung durch das Gesetz verspürten, andererseits aber auch die Arbeitsmarkt-Chancen der Aussiedler deutlich unterschiedlich waren, je nachdem, wo ihr Wohnort zugewiesen war. Wenn wir also so etwas machen, dann nur befristet und mit zusätzlichen Maßnahmen zur Integration in den Arbeitsmarkt!

Zum Familiennachzug

Ich freue mich, dass der Städtetag beim Familiennachzug eine vernünftige Position einnimmt: Flüchtlinge, die lange bei uns bleiben, sollte der Nachzug von Familienmitgliedern allein schon aus integrationspolitischen Gesichtspunkten nicht grundsätzlich verwehrt werden. Da kann ich nur zustimmen, denn was wäre die Konsequenz: Dass wir viele alleinstehende Männer in den Unterkünften haben. Das ist heute oft schon der Fall, weil unsere Auslandsbotschaften mit dem Familiennachzug nicht hinterherkommen. Ich denke,

dass eine Verwehrung des Familiennachzuges weder für die betroffenen Familien, noch für die Integration vor Ort in den Städten hilfreich ist.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

zum Schluss möchte ich sagen, dass mich als Integrationsbeauftragte eines zuversichtlich stimmt: Heute ist die Politik und auch die Gesellschaft einfach weiter als noch vor 25 Jahren:

Heute setzen wir auf die frühere Integration von Flüchtlingen, die bei uns eine Bleibeperspektive haben. Wir haben aus den 1990er Jahren gelernt, dass es niemandem nützt, wenn Menschen monatelang tatenlos in ihren Unterkünften herumsitzen müssen. Der Deutsche Städtetag hat an diesem Sinneswandel ganz entscheidenden Anteil gehabt! Und er ist Garant dafür, dass wir Menschen, die vor Krieg, Terror und Verfolgung fliehen, eine humane und gute Aufnahme bieten.

Ich danke Ihnen dafür ganz herzlich und freue mich auf die Diskussion!

**Zuwanderung als Chance für Städte:
Herausforderungen und Perspektiven**

**Prof. Dr. Haci Hali Uslucan, Stellv. Vorsitzender des Sachverständigenrats
deutscher Stiftungen für Integration und Migration (SVR) GmbH**

UNIVERSITÄT
DUISBURG
ESSEN

**Zuwanderung als Chance für Städte:
Herausforderungen und Perspektiven**

Stiftung Zentrum für Türkeistudien und Integrationsforschung
Türkiye ve Uyum Araştırmaları Merkezi Vakfı
Institut an der Universität Duisburg-Essen

**Städte l(i)eben Vielfalt!
Integration von Flüchtlingen – Herausforderungen und
Perspektiven in den Städten**

Vortrag in Bochum am 21.01.2016

Prof. Dr. Hacı-Halil Uslucan

Stellvertretender Vorsitzender des SVR
Professor für Moderne Türkei-Studien an der Universität Duisburg-Essen sowie Direktor des ZfTI

1

UNIVERSITÄT
DUISBURG
ESSEN

**Zuwanderung als Chance für Städte:
Herausforderungen und Perspektiven**

Stiftung Zentrum für Türkeistudien und Integrationsforschung
Türkiye ve Uyum Araştırmaları Merkezi Vakfı
Institut an der Universität Duisburg-Essen

- Was macht der SVR?
- Neuere Erkenntnisse/Zahlen zu Zuwanderung bzw. Flucht und Asyl
- Psychologische Dimensionen von Zuwanderung
- Herausforderungen und Chancen für Städte

2

I. Der Sachverständigenrat (gegr. 2008) betreibt wissenschaftliche Politikberatung auf Basis eigener Forschung.

STIFTUNGEN

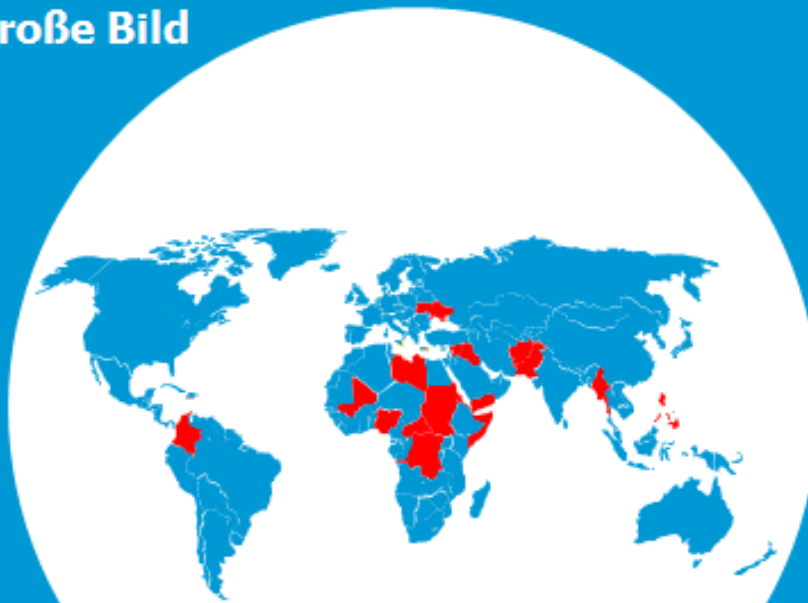
- aus der **Zivilgesellschaft** heraus gegründet
- rein **wissenschaftlich**, politisch unabhängig
- 9 Professoren aus **unterschiedlichen Disziplinen** und Forschungsbereichen
- **eigenständiger Forschungsbereich** für anwendungsorientierte Projekte



Geschäftsstelle im Herzen Berlins
Organisation von Konferenzen
aktive Öffentlichkeitsarbeit



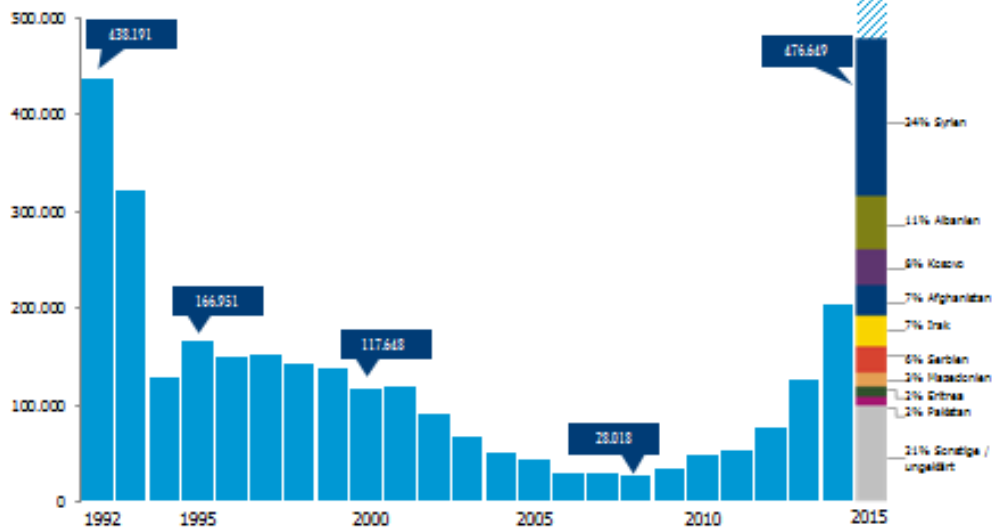
Das große Bild



60 Millionen Menschen auf der Flucht

Die Zahl der Asylanträge steigt seit 2009; 2015: **476.649** Anträge; **1,1 Millionen** Einreisen.

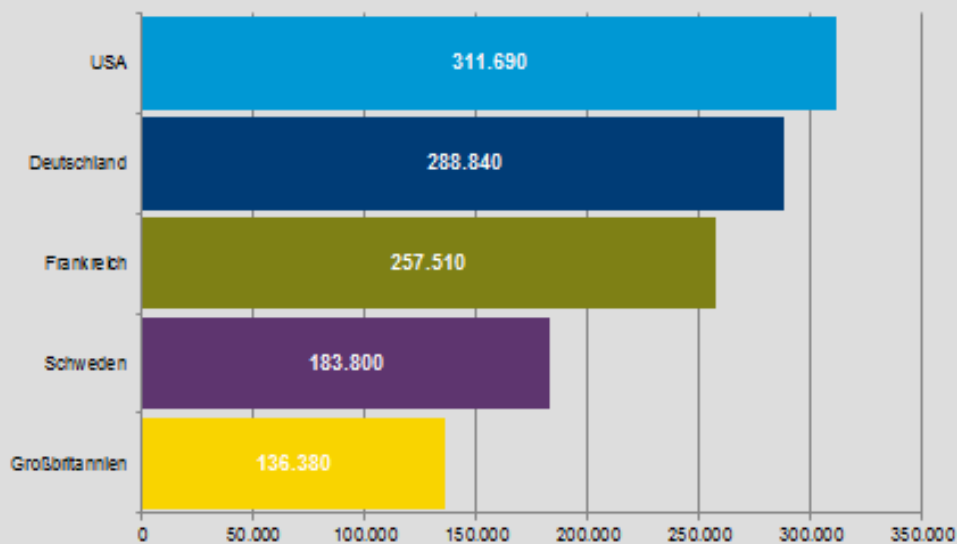
Anzahl Asylanträge 1992 – 2015, Herkunftsländer 2015



Quelle: BAMF Asylstatistik 2015

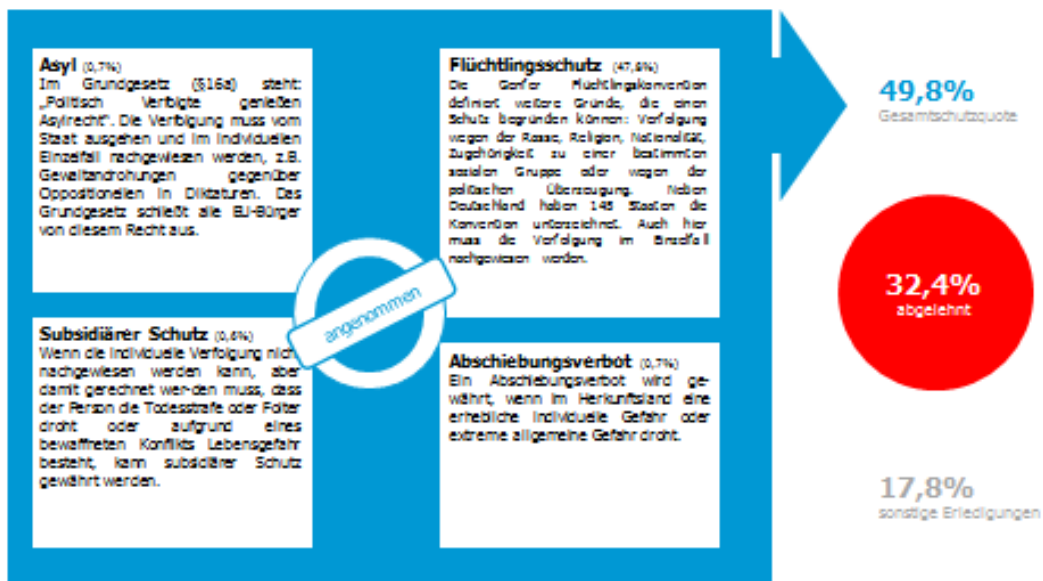
Deutschland erhält im weltweiten Vergleich der Industrieländer hinter den USA die meisten Asylanträge.

Asylanträge in den TOP 5 Zielländern, absolut, 2009-2013 gesamt



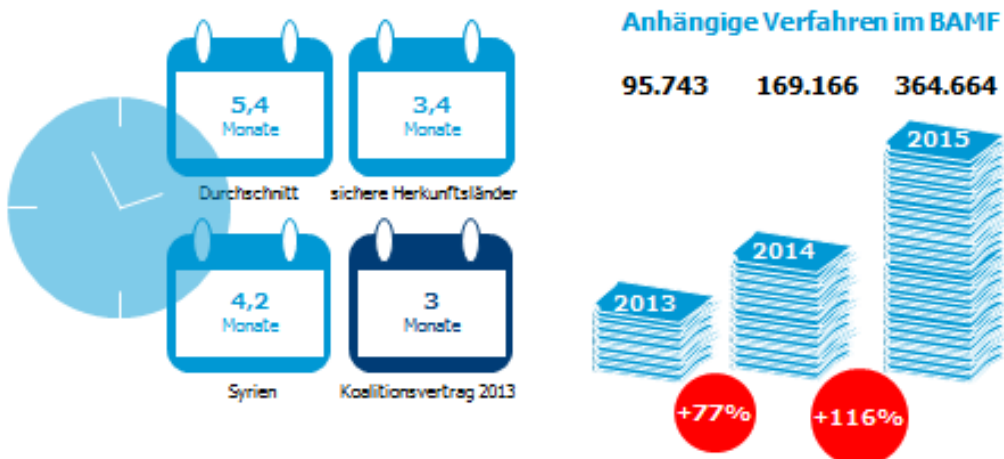
Quelle: UNHCR Asylum Trends 2013; eigene Darstellung

Die Hälfte aller Asylanträge 2015 wurde bewilligt.



Quelle: BAMF Asylgeschäftsstatistik 2015

Die Bearbeitung der Asylanträge dauert immer noch viel zu lange. Ziel ist, die Bearbeitung in 3 Monaten abzuschließen.



Quelle: BAMF Aktuelle Zahlen zu Asyl (09/2015); Asylgeschäftsstatistik 2015

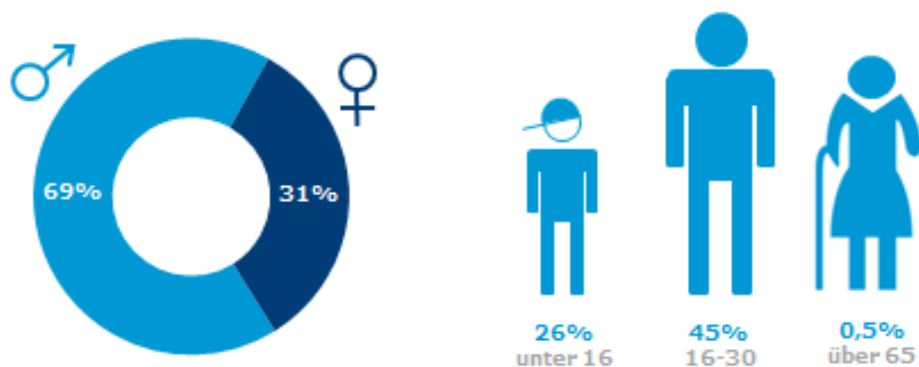
Die Schutzquoten für die einzelnen Herkunftsländer unterscheiden sich sehr stark (2015).

Die 10 stärksten Herkunftsländer		Anträge	Schutzquote
1.	Syrien	162.510	96,0%
2.	Albanien	54.762	0,2%
3.	Kosovo	35.583	0,4%
4.	Afghanistan	31.902	47,6%
5.	Irak	31.379	88,6%
6.	Serbien	26.945	0,1%
7.	Mazedonien	14.131	0,5%
8.	ungeklärt	12.166	80,2%
9.	Eritrea	10.990	92,1%
10.	Pakistan	8.472	9,8%



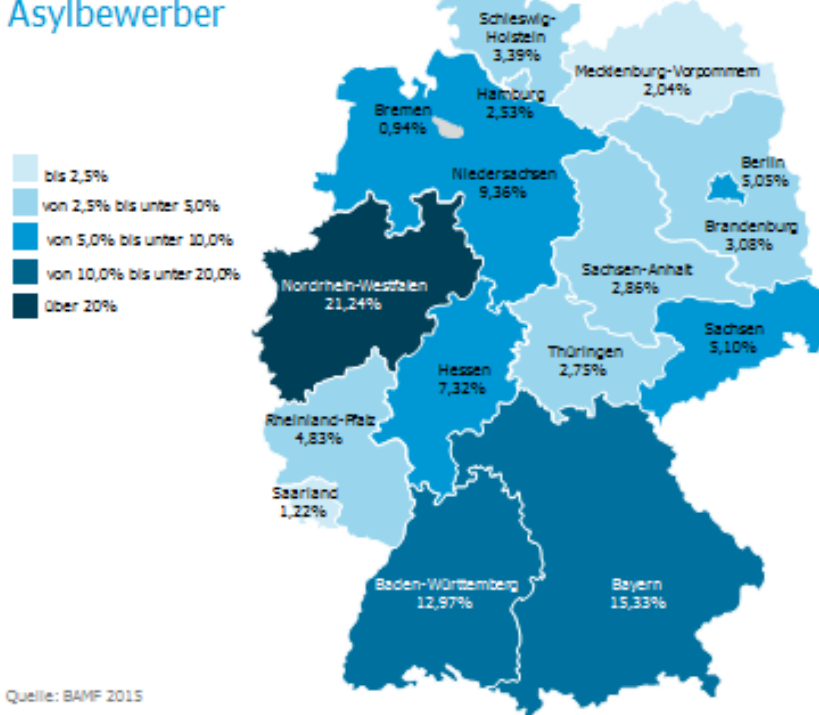
Quelle: BAMF Asylstatistik 2015

Geschlecht und Altersstruktur der Asylbewerber 2015



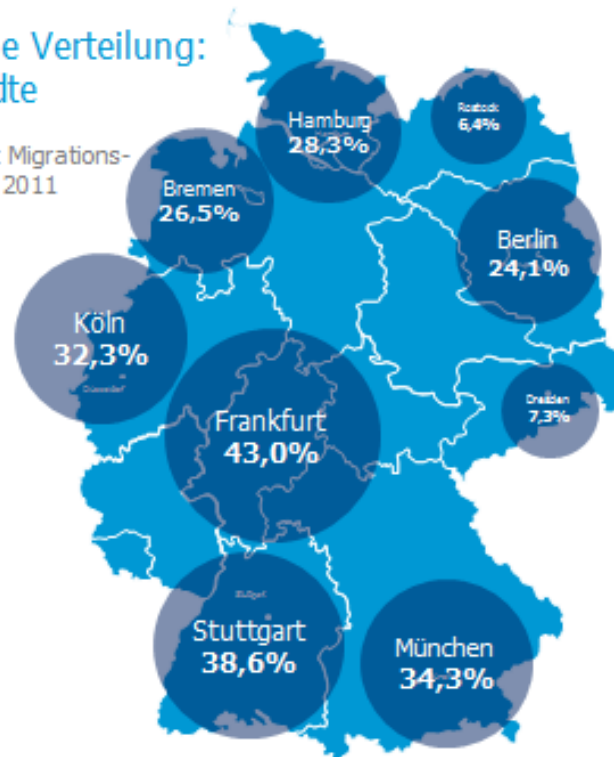
Quelle: BAMF aktuelle Zahlen zu Asyl 2015

Verteilungsquoten 2015 Asylbewerber

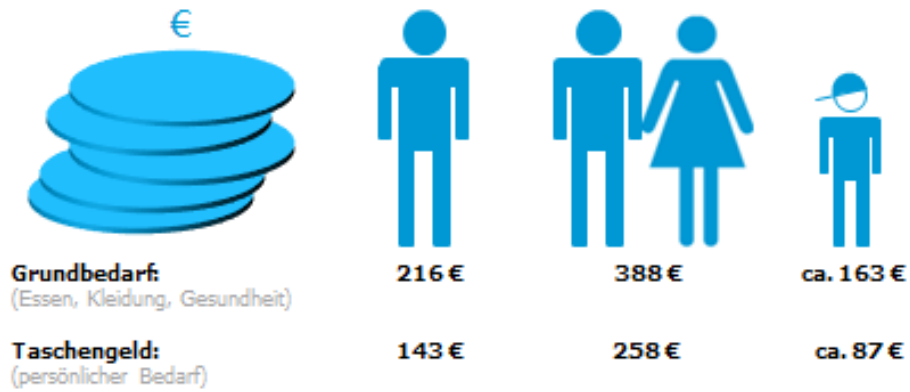


Regionale Verteilung: Großstädte

Personen mit Migrations-
hintergrund, 2011



Ein Asylbewerber erhält monatlich 359 Euro. Die Summe orientiert sich am Existenzminimum.



Unterkunft, Heizung, Strom werden separat übernommen.

Quelle: Asylbewerberleistungsgesetz; eigene Zusammenstellung



Arbeitsmarktzugang: rechtliche Verbesserungen Nachqualifizierungsdarf wahrscheinlich sehr hoch

- Arbeitsmarktzugang für Asylbewerber seit 2015 bereits nach 3 Monaten; allerdings meist mit Vorrangprüfung
- Zugang zu regulären Sprachkursen für Asylbewerber mit Bleibeperspektive
- Bleibeperspektive für Anerkannte und Geduldete ist verbessert
- Neu: Arbeitsverbot für Asylsuchende aus sicheren Herkunftsstaaten
- Leiharbeitsverbot entfällt für Fachkräfte nach 3 Monaten
- Praktikum: maximal drei Monate, ohne Vorrangprüfung

Weitere Herausforderungen

Anerkennung informeller Qualifikationen?

- Es gibt keine repräsentativen Daten zu den Qualifikationen von Flüchtlingen
- Erste Erkenntnisse weisen darauf hin, dass viele keine formale Qualifikation haben
- Das Anerkennungsgesetz des Bundes und die entsprechenden Ländergesetze konzentrieren sich auf formal nachweisbare Qualifikationen

Aus- und Umbau der Integrationskurse / Politische Bildung?

- Öffnung der Integrationskurse für Flüchtlinge mit guter Bleibeperspektive
- Sprach- und Orientierungskurs
- Ausbau des Orientierungskursteils?

UNIVERSITÄT
DUISBURG
ESSEN

**Zuwanderung als Chance für Städte:
Herausforderungen und Perspektiven**

Stiftung Zentrum
für Türkeistudien und
Integrationsforschung
Türkiye ve Uyum
Araştırmaları
Merkezi Vakfı
Institut für die
Universitäre Bildung Essen

- Was macht die SVRT?
- **Neueste Erkenntnisse zu Zuwanderung, Flucht und Asyl**
- **Psychologische Dimensionen von Zuwanderung**
- Herausforderungen und Chancen für Städte

17

UNIVERSITÄT
DUISBURG
ESSEN

**Zuwanderung als Chance für Städte:
Herausforderungen und Perspektiven**

Stiftung Zentrum
für Türkeistudien und
Integrationsforschung
Türkiye ve Uyum
Araştırmaları
Merkezi Vakfı
Institut für die
Universitäre Bildung Essen

- **Psychologische Dimensionen von Zuwanderung**

**Flucht und Zuwanderung:
Mortalitätssalienz: unangenehme Gefühle**

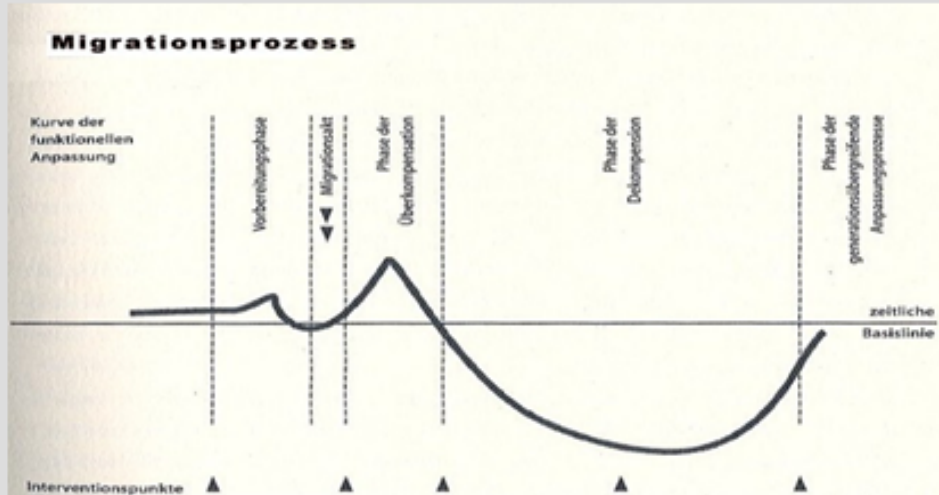
Dominantes Gefühl: Angst

Angstvolle politische Kommunikation: Verengung der kognitiven Fähigkeiten

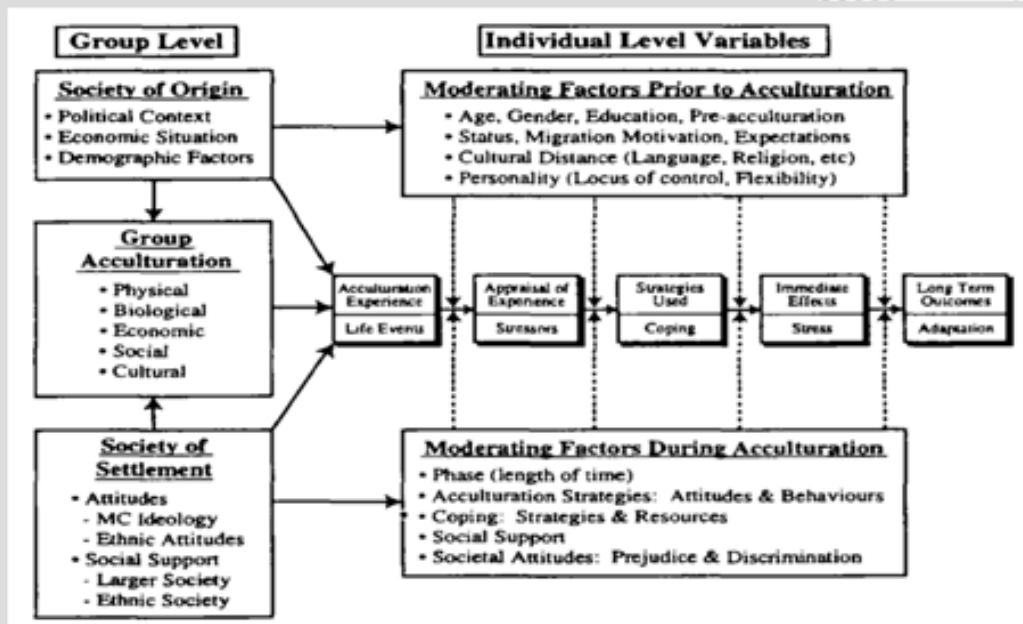
Sprache: kein Abbild der Wirklichkeit, sondern schafft Wirklichkeiten (Metaphorik der Flut, Strom, Schwemme)

18

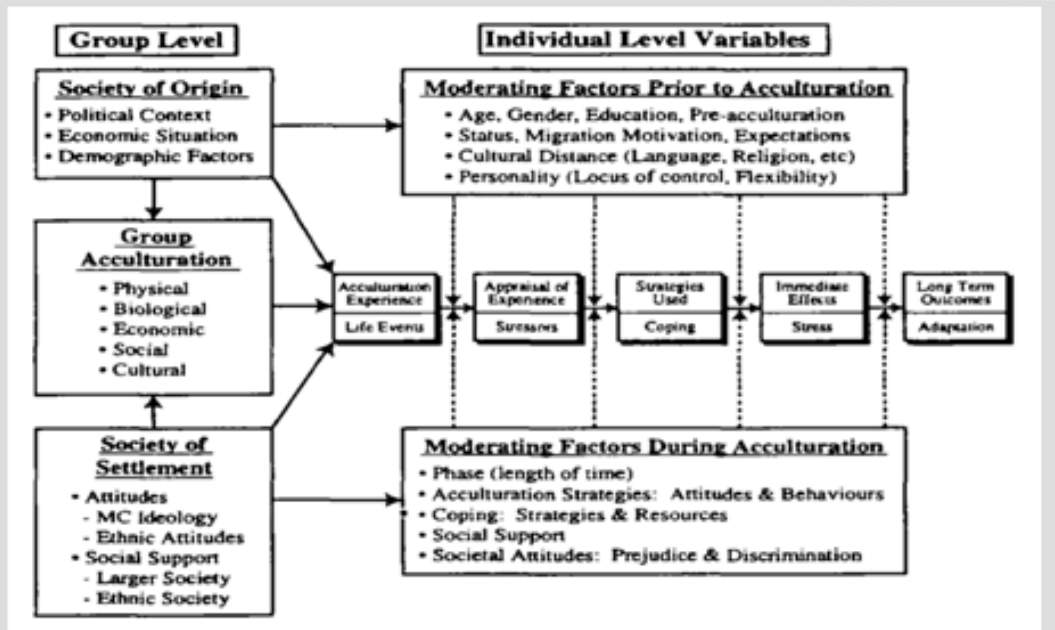
Psychologischer Verlauf des Migrationsprozesses



Sluzki, 1979



Berry, 1997





•Berry, 1997

20

•Integrationskonzepte: Zwischen Assimilation und Abschaffung der Integration

•Frühe Modelle: Unausweichlichkeit kultureller Assimilation

•Herkunftskultur  •Ankunftskultur
•Person a

•Herkunftskultur  •Ankunftskultur
•Person b

Dimension 1:
Wird es als wertvoll erachtet, die eigene kulturelle Identität und ihre Merkmale beizubehalten?

Dimension 2:
Wird es als wertvoll erachtet, Beziehungen zu anderen Gruppen aufrecht zu erhalten?

	JA	NEIN
JA	INTEGRATION	ASSIMILATION
NEIN	SEPARATION	MARGINALISIERUNG

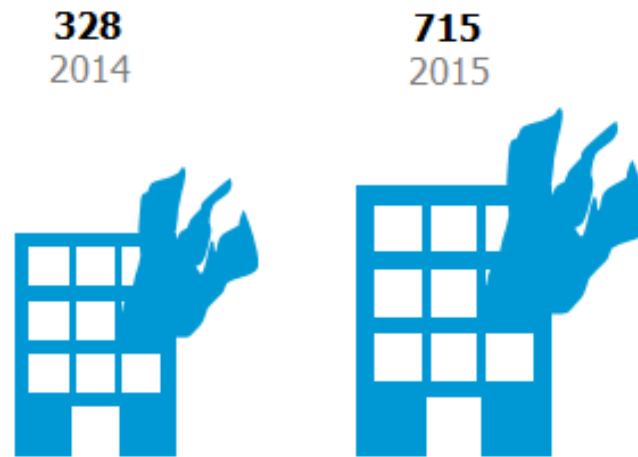
Abbildung 1: Zweidimensionales Modell der Akkulturationsorientierungen von Immigranten nach Berry (1980, 1984).

Interaktives Akkulturationsmodell (IAM) Berry et.al (1987)

Akkulturationsorientierungen:

Aufnehmende Gesellschaft	Einwanderer			
	Integration	Assimilation	Separation	Marginalisierung
Integration	Konsens	problematisch	Konflikt	problematisch
Assimilation	problematisch	Konsens	Konflikt	problematisch
Segregation	Konflikt	Konflikt	Konflikt	Konflikt
Marginalisierung	Konflikt	Konflikt	Konflikt	Konflikt

Die Übergriffe mit fremdenfeindlichem Motiv haben sich 2015 mehr als verdoppelt.

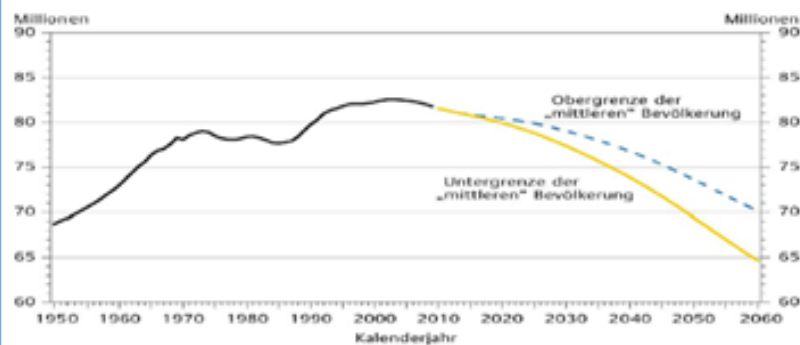


Quelle: Mut gegen rechte Gewalt 2016

- Was macht die SVVP?
- Neueste Erkenntnisse zu Zuwanderung, Flucht und Asyl
- Psychologische Dimensionen von Zuwanderung
- Herausforderungen und Chancen für Städte

Demographie: Weniger, älter, bunter !

Abbildung 13: Entwicklung der Bevölkerungszahl in Deutschland, 1950–2060 (in Millionen)

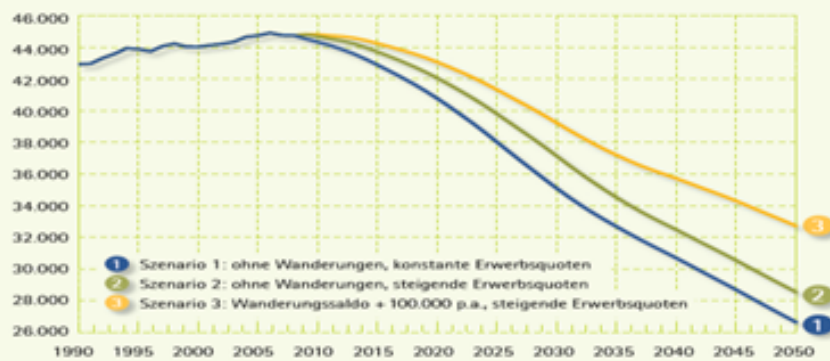


1950 bis 1989 Früheres Bundesgebiet und DDR insgesamt, ab 1990 Deutschland, ab 2009 Ergebnisse der 12. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung

Quelle: Statistisches Bundesamt, 12. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung

28

Erwerbsbevölkerung

Abbildung 1
Szenarien zur Entwicklung des Erwerbspersonenpotenzials bis 2050
Personen in Tausend

Quelle: Eigene Berechnungen.

© IAB

27

UNIVERSITÄT
DUISBURG
ESSEN

**Zuwanderung als Chance für Städte:
Herausforderungen und Perspektiven**

Stiftung Zentrum
für Türkeistudien und
Integrationsforschung
Türkiye ve Uyum
Araştırmaları
Merkezi Vakfı
Institut für
Interkulturelle Studien Essen

Zuwanderung alternativlos?

Erhöhung des Renteneintrittsalters

**Bessere Einbindung von Langzeitarbeitslosen und schwerer
erreichbaren Gruppen in den Arbeitsmarkt**

De-growth (andere Modelle des Lebens)

28

UNIVERSITÄT
DUISBURG
ESSEN

**Zuwanderung als Chance für Städte:
Herausforderungen und Perspektiven**

Stiftung Zentrum
für Türkeistudien und
Integrationsforschung
Türkiye ve Uyum
Araştırmaları
Merkezi Vakfı
Institut für
Interkulturelle Studien Essen

Gegenwärtig: ca. 1.000.000 Flüchtlinge im Jahre 2015

**Herausforderungen für das
Bildungssystem**

**Soziale Sicherungssysteme („*migration works, when migrants work*“;
Deutschland aber für Hochqualifizierte weniger attraktiv als andere
Länder)**

**Zusammensetzung der Zuwandererbevolkerung (andere Bedarfe,
Sprachen, Organisationen)**

29

UNIVERSITÄT
DUISBURG
ESSEN

Zuwanderung als Chance für Städte:
Herausforderungen und Perspektiven

Stiftung Zentrum für Türkeistudien und Integrationsforschung
Türkiye ve Uyum Araştırmaları Merkezi Vakfı
Institut für Internationale Soziologie Essen

Herausforderung Bildung:

- Ceci (1991): Metaanalyse zum Einfluss der Schule auf allgemeine Intelligenz

bei Schulzeitdefiziten aufgrund von

- späterem Schuleintritt, früherem Schulabgang,
- Sommerferien (am Ende der Sommerferien ein geringerer IQ als zu Beginn),
- fehlendem Vorhandensein von Schulen oder Schulbesuch (Armut, Unterentwicklung, Krieg, Schließung von Bildungseinrichtungen aus politischen Gründen, Besatzung und Unterdrückung):

- pro fehlendem Schuljahr ca. 2-5 IQ-Punkte relativ zu beschulten Kindern gehen verloren
- Ein negativer Zusammenhang zwischen Angst und Lernen in fast 1000 Studien belegt
- Traumatisierte Kinder kognitiv schwerer erreichbar bzw. höhere Sensibilität erforderlich

30

UNIVERSITÄT
DUISBURG
ESSEN

Zuwanderung als Chance für Städte:
Herausforderungen und Perspektiven

Stiftung Zentrum für Türkeistudien und Integrationsforschung
Türkiye ve Uyum Araştırmaları Merkezi Vakfı
Institut für Internationale Soziologie Essen

Der SVR-Forschungsbereich hat ein Mehrfaktorenmodell zur Berechnung von Aufnahmequoten in der EU erarbeitet.

Wirtschaftskraft 40%	Bevölkerung 40%
Fläche 10%	Arbeitslosigkeit 10%

Seite 31

UNIVERSITÄT
DUISBURG
ESSEN

Zuwanderung als Chance für Städte:
Herausforderungen und Perspektiven

IFT - Institut für
Türkei- und
Arabismanien-
Migration
Vorschau
Institut für
Türkei- und
Arabismanien-
Migration
Vorschau

Herausforderungen für die EU: Gleichbehandlung, gemeinsame Länderliste, faire Lastenteilung.

- Gleichbehandlung nach Vorgaben der Qualifikationsrichtlinie
- Aufnahme-, Unterbringungs- und Versorgungsbedingungen
- keine gemeinsame Länderliste über sichere Dritt- und Herkunftsstaaten

- ungleiche Teilung der Verantwortung und Überlastung einzelner Mitgliedsstaaten
- Umsetzung des Grundsatzes der Solidarität

↓

**Lösungsansatz:
faire Aufnahmequote**

Seite 32

Sachverständigenrat deutscher Stiftungen
für Integration und Migration

- **Für eine Gesamtstrategie: Nationaler Aktionsplan Migration (NAM)**
- Migrationspolitik aus einem Guss
- Sprachkurse und Studierendenstatus für Vorstudienphase
- Anerkennungspraxis für Ausbildungsabschlüsse (Potenzielle Profiteure: 285000 Personen)
- Anreizsysteme und ‚Willkommenskultur‘ statt bürokratischer Schließung
- Weitere Internationalisierung der Hochschulen und Ressourcenausstattung
- Zirkuläre Migration und Entwicklungspartnerschaften mitbedenken
- Klare Strategie für Akteursgruppen, Mechanismen und Instrumente

Die Initiative von:
Stiftung Mercator, InWissZeitStiftung, Bertelsmann Stiftung, Friedrich-Wilhelms-Stiftung, Gemeinnützige Hertie-Stiftung, Köhler-Stiftung,
Stiftungswort für die Deutsche Wissenschaft und Institut für Migration Deutschland

5. Neue Akteure und

Was bringt einer Stadt die Förderung der Willkommenskultur?

- Willkommenskultur großer Gewinn für Städte, die internationalen Anschluss planen und auf internationaler Ebene eine Stellenwert haben wollen.
- Weltoffene und tolerante Kommunen profitieren von internationalen Bevölkerungsströmen. Wettbewerb heute nicht zwischen Nationalstaaten, sondern zwischen Regionen und Städten!
- Offenheit und Toleranz entscheidender Faktor, dass Städte die besten Köpfe der Welt anziehen. Technologie, Talente und Toleranz Schlüsselfaktoren (TTT) für den wirtschaftlichen Erfolg einer Stadt (Richard Florida)

Was bringt einer Stadt die Förderung der Willkommenskultur?

- ❖ Städte mit Willkommenskultur weisen insgesamt höhere Lebensqualität für alle Einwohner aus und bieten bessere Serviceleistungen und Mobilität an.
- ❖ Willkommenskultur positiven Auswirkungen auf soziale Gerechtigkeit und friedliches Zusammenleben.

- Entwicklung von Konzepten zur Integration von Asylbewerbern in den Arbeitsmarkt
- Präventive Maßnahmen im Umgang mit Armutsmigration
- Einbindung von Migrantenorganisationen in die Beratung
- Einführung von Willkommenspaketen zum Wohlfühlen und Identifizierung mit der Stadt
- Gestaltung eines internationalen mehrsprachigen Internetportals für Neuankömmlinge
- Fortlaufende Evaluation und Qualitätsentwicklung der Standards zur Willkommenskultur

- Willkommenskultur zur Chefsache machen und als gesamtstädtische Verantwortung begreifen
- Ansiedlung oder Ausweitung von Firmenstandorten auf ihrem Territorium
- Investition in Bildungswesen, Kultur und Kreativwirtschaft („Kreativiertel“)
- Bürgerbeteiligung und Ausmaß der Partizipation von Zuwanderern.

Folgen fehlender Willkommenskultur bzw. vorhandener diskriminierender Praktiken:

Betriebswirtschaftlichen Kosten von Diskriminierung:

- Nichtausschöpfung der Human-Ressourcen,
- geringe Arbeitsmotivation,
- Konflikte,
- Zunahme von Abwesenheits- und Krankheitsraten
- höhere Fluktuationen
- Abwanderung von hochqualifizierten Personen mit Migrationshintergrund

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!



Kontakt: uslucan@zfti.de oder haci.uslucan@uni-due.de www.uslucan.de

**Flüchtlingsintegration konkret:
Schlaglichter aus den Städten**

Städtebaulich integrierte Unterbringung von Asylbewerbern und Flüchtlingen

Jörg Süshardt, Amtsleiter Sozialamt Dortmund

Städtebaulich integrierte Unterbringung von Asylbewerbern und Flüchtlingen

Jörg Süshardt
Fachbereichsleiter
Sozialamt Dortmund

Stadt Dortmund
Sozialamt



Dortmund

Fläche 280,7 km²

Einwohner 596.575

Haushalte ca. 316.000

12 Stadtbezirke mit 96 Ortsteilen

Stadt Dortmund
Sozialamt



Eckdaten zu Flüchtlingen in Dortmund

Derzeit leben in Dortmund rund 9.100 Flüchtlinge und Asylbewerber

5.548 Leistungsempfänger/innen nach dem AsylbLG

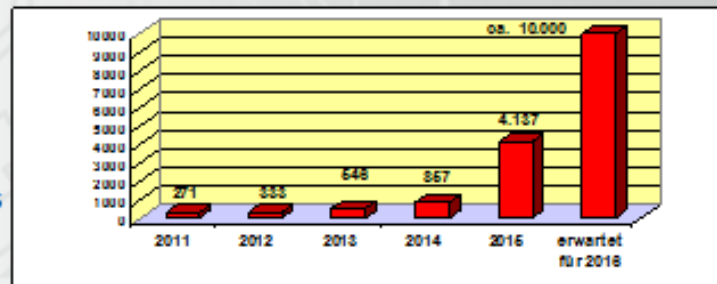
677 Leistungsempfänger/innen nach den SGB II und SGB XII

1.127 unbegleitete minderjährige Flüchtlinge

1.350 in Erstaufnahmeeinrichtungen des Landes NRW

400 Drehscheibe UMF

Zugänge von
Flüchtlingen und
Prognose für 2016
(ohne UMF)



Stadt Dortmund
Sozialamt



Maßnahmen und Programme zur Unterbringung

- Erstmalige Einberufung des Krisenstabes am 29.09.2014 (bis jetzt 66 Sitzungen)
- Einrichtung der Projektgruppen „Notfallplanung“ und „Wohnen“
- Einführung/Wiederbelebung einer Quote für den geförderten Mietwohnungsbau
- Systematische Ansprache von Investoren
- Kampagne „Dortmunder schaffen Wohnraum“
- Auswertung des Baulandmonitorings und systematische Wohnbauflächenentwicklung, Planrechtsschaffung

Stadt Dortmund
Sozialamt



Kriterien bei der Standortauswahl

- Größe und Verfügbarkeit
- Lage in der Stadt
- Siedlungsstrukturelle Einbindung
- Erreichbarkeit von Nahversorgung und sozialer Infrastruktur
- Anbindung an den ÖPNV
- Restriktionen / Herrichtungsaufwand



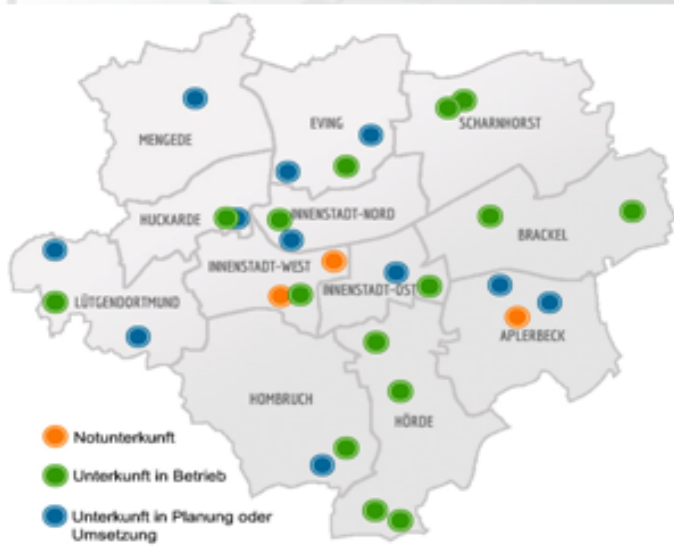
Städtebauliche Bewertungsmatrix

Standort	Standort	Nutzung	Flächengröße	Eigentümer	Planrecht		Städtebau- und soziale Kriterien					Restriktionen			Zusammenfassung			Bewertung	Anmerkungen			
					Fachbereich	Planart	Lage in der Stadt	Einbindung in den Kontext	Nahversorgung	ÖPNV	Erreichbarkeit Schulen, TK	Nähe zu Einrichtungen	Landnutzung	Erreichbarkeit Nahversorgung	Städtebau	Sozial	Restriktionen			Restriktionen	Restriktionen	
Ehren-Schloß-Dorf	BW	Brache	ca. 1.20 ha		Gemeindefläche	kein B-Plan	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	sehr gut geeignet	ungetrennt/teilweise getrennt und hochwertig, idealerweise mit Wohn-/Mehrfamilienhaus
Zugelförderung	Ev	Landwirtschaft (Ackerland)	ca. 0,01 ha		Gemeindefläche	B-Plan Ex 110 Gewerbegebiet	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	sehr schlecht geeignet	ungetrennt/teilweise getrennt mit anliegenden Ackerland, Bauland, keine Ein-Flur-Flächen, keine Bäume
Böhmensiedelstraße	Ev	Freizeitanlage (Sportplatz, aber auch Wohnfläche)	ca. 1,00 ha		Gemeindefläche	B-Plan Ex 110 Gewerbegebiet	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	gut geeignet	Teilweise Bauland, mit dem B-Plan Gewerbegebiet, teilweise getrennt mit anliegenden Ackerland, Bauland, keine Ein-Flur-Flächen, keine Bäume
Flughafenstraße 11	Ev	ungetrennte Freizeitanlage	ca. 0,07 ha		Landwirtschaft (Flughafen)	kein B-Plan in dem Flächennutzungsplan	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	sehr gut geeignet	Lage am Flughafen, gut angeschlossen, sehr gute Anbindung an ÖPNV, Bäume, Grünflächen
Lissabener Allee	Ap	Ackerland (Brache)	ca. 0,20 ha		Landwirtschaft (Ackerland)	B-Plan Ex 110 Gewerbegebiet	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	gut geeignet	Brachfläche, Bäume, Grünflächen, gute Anbindung an ÖPNV, Bäume, Grünflächen
Begleiter Straße 100	Ap	ehem. Gärtnerei (Gartenbau)	ca. 0,27 ha		Mischfläche	kein B-Plan	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	gut geeignet	Brachfläche, Bäume, Grünflächen, gute Anbindung an ÖPNV, Bäume, Grünflächen
Agneten-Weg (Hinter Begleiter Straße)	Ap	Großflächige Brache	ca. 0,45 ha		Mischfläche	B-Plan Ex 110 Gewerbegebiet	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	sehr gut geeignet	Brachfläche, Bäume, Grünflächen, gute Anbindung an ÖPNV, Bäume, Grünflächen
Klein Oelberg	Ap	Großflächige Brache (ehem. Holzgerüst)	ca. 2,50 ha		Landwirtschaft (ehem. Holzgerüst)	kein B-Plan	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	sehr gut geeignet	Brachfläche, Bäume, Grünflächen, gute Anbindung an ÖPNV, Bäume, Grünflächen

Abprüfung aller relevanter Kriterien, Bewertung und Formulierung von Empfehlungen für weiteres Vorgehen



Verteilung der Einrichtungen auf das Stadtgebiet



Plätze in Betrieb:
 ÜGE und ZKU
 2.476
Notunterkünfte (Sporthallen)
 550
Plätze in Planung oder Umsetzung:
 9.076
Anzahl Plätze gesamt
 12.102



Zur Zeit leben 2059 Flüchtlinge in den unterschiedlichsten Übergangseinrichtungen und 459 in Notunterkünften (Sporthallen)



ehemalige Schulen



Containerdörfer



zwei ehemalige Flusskreuzfahrtschiffe



Tragluftballen

ehemaliges Hotel



Sporthallen



Stadtsiedlung (ZKU)



3030 Flüchtlinge leben in 1.500 Wohnungen.

244 Wohnungen mit ca. 989 Plätzen wurden von der Stadt Dortmund im Rahmen eines ständig laufenden Wohnraumbeschaffungsprogrammes direkt angemietet.



Stadt Dortmund
Sozialamt



Wohnraum für „Alle“

Angestrebtes Ziel:

Verdopplung, wenn möglich

Verdreifachung der bisherigen

**Fertigstellungszahlen (circa 2.000 bis
3.000 Wohnungen)**

Stadt Dortmund
Sozialamt



Einrichtung einer Wohnungsbaukoordination in Dortmund

Wahrnehmung durch die städtische „Arbeitsgruppe Wohnungsbau“

Beteiligte Ämter/Fachbereiche:

Liegenschaften, Umwelt, Planen und Bauordnung, Wohnen und Stadterneuerung, Tiefbau (Erweiterung bei Bedarf)

Auch vertreten: Geschäftsführung der Dortmunder Stadtentwicklungsgesellschaft/Wohnungswirtschaft

Aufgabenstellung/Ziele:

**Unterstützung des (geförderten) Wohnungsbaus
Schnittstelle zwischen Behörden und Wohnungswirtschaft
Optimierung von Verfahrensabläufen
Erweiterung des Baulandangebotes**

Personelle Besetzung: Amts- bzw. Fachbereichsleitungen (Entscheidungsebene)

Stadt Dortmund
Sozialamt



Aktivierung der Dortmunder Stadtentwicklungsgesellschaft mbH (DSG)

100 %ige Stadttochter

Neubau von 200 bis 300 geförderten Mietwohnungen für die Stadt Dortmund (auch Bewirtschaftung)

Schaffung von Wohnraum durch In-Wert-Setzung von Problemimmobilien (wenn verfügbar !)

Besondere Synergien:

Aufwertung von Wohnquartieren

Auslösung von Nachahmeffekten

Aktivierung „verlorenen“ Wohnraums

Kommunaler Beitrag zur Ankurbelung des geförderten Mietwohnungsbaus

Stadt Dortmund
Sozialamt



Baugebiet Sportplatz Holte

- Größe ca. 9.800 m²
- Städtebaulich integrierte Lage
- Durchmischte Baustruktur
- Integrierter KITA – Standort für vier Gruppen



Stadt Dortmund
Sozialamt



Baugebiet
„Zum Erdbeerfeld“
Fertigstellung
in 2016



Stadt Dortmund
Sozialamt



Das Integrationsnetzwerk **Integration findet im Sozialraum statt**

- › Stadtweites Netz zur Förderung der Integration der Flüchtlinge in eigenem Wohnraum in die Stadtgesellschaft
- › Sozialräumliche Betreuung von Flüchtlingen durch ein Team aus städtischen und wohlfahrtsverbandlichen Beschäftigten
- › Zusammenarbeit aller sozialräumlichen Akteure auf lokaler Ebene
- › Unterstützung bei der individuellen Lebensführung von Flüchtlingen und der Integration in das Wohnumfeld
- › Bruchfreie Fortführung der in den Übergangseinrichtungen begonnenen Integrationsprozesse



Förderprojekt für geduldete Jugendliche und Heranwachsende

Dagmar Dahmen, Leiterin der Ausländerbehörde der Stadt Köln



Konzept "Zwischen den Welten"

von music4everybody! e.V.

und dem

Deutscher-Familienverband

Nordrhein-Westfalen

e. V. Bildungsforum

in Kooperation mit der

Stadt Köln

– Amt für öffentliche Ordnung –

Ausländerangelegenheiten

1. Projektdefinition

1.1. Ausgangssituation/Bedarf

1.2. Projektbeschreibung

1.3. Inhalte

2. Zielgruppe und Gesamtziel

3. Kursinhalte und Ablaufplan

4. Finanzierung

5. Träger

1. Projektdefinition

1.1. Ausgangssituation/Bedarf

In den Medien ist das Thema Flüchtlinge allgegenwärtig. Wer den Informationen ein wenig folgt, bekommt schnell ein Gespür dafür, dass dieses ein brennendes Thema für Bund, Länder, Kommunen und den Bürger ist. Mit anderen Worten: dieses Thema geht uns alle an!

Gerade junge Menschen, die als unbegleitete minderjährige Flüchtlinge in unser Land gekommen sind, brauchen unsere besondere Hilfe. Eine Unterstützung, um zu selbständigen jungen Menschen heranzuwachsen, die mit Zuversicht und Selbstvertrauen ihre Zukunft aufbauen und ein Teil unserer solidarischen Gesellschaft werden.

Nur gut gebildete Jugendliche und junge Erwachsene haben eine Chance auf eine qualifizierte Ausbildung, die ihren Begabungen entspricht und ihnen ein selbstbestimmtes Leben ermöglicht. Minderjährige Flüchtlinge haben oftmals nicht die Chance, ihre Fähigkeiten zu entwickeln und einen guten Schulabschluss zu erreichen, da sie die Alphabetisierung, den Spracherwerb und die Schulbildung parallel schaffen müssen. Auch fehlt in ihrem Umfeld oft der Kontakt zu gleichaltrigen Menschen der Aufnahmegesellschaft, die ihnen vorleben und helfen, was von ihnen erwartet wird. Diese Herausforderungen und Ungewissheiten führen oft dazu, dass Motivation und Selbstbewusstsein leiden und der Weg zu einer qualifizierten Ausbildung scheitert. Diesen Verlust von Ressourcen und Potential können wir uns nach den neuesten Erkenntnissen des in naher Zukunft drohenden Fachkräftemangels nicht leisten. Unser Hauptaugenmerk sollte neben einer existenziellen Versorgung der Flüchtlinge auf einer Verbesserung ihrer Startchancen und der Erhaltung Ihrer hohen anfänglichen Motivation, sich in die Ankunftsgesellschaft einzufügen, liegen.

Was hindert Jugendliche und junge Erwachsene, sich nach ihrer Flucht in Deutschland zu integrieren und ein wertvoller Bestandteil der Gesellschaft zu werden?

Neben existenziellen Grundbedürfnissen sind insbesondere der Erwerb der deutschen Sprache und eigener Bildungserwerb von entscheidender Bedeutung für eine nachhaltige Integration.

Ziel des Projektes ist es, die anfängliche hohe Motivation zu stärken und Perspektiven zu erarbeiten, Stärken aufzubauen und auszuprobieren und so ein gesundes Selbstbewusstsein für das Auftreten in der Bildungs- und Arbeitswelt zu erreichen. Eine frühzeitige Förderung spart der Aufnahmegesellschaft einen später umso aufwändigeren Integrationsprozess.

Hier wollen wir, die gemeinnützigen Vereine **music4everybody! e.V.** und **Deutscher-Familienverband Nordrhein-Westfalen e. V. Bildungsforum** ein Projekt anbieten, das junge Menschen unterschiedlicher Kulturen und der Aufnahmegesellschaft zusammenbringt, den Spracherwerb und die kulturelle Integration der jugendlichen Flüchtlinge fördert und jungen Menschen in ihrem Selbst stärkt. Mit und durch Kunst, Musik und Sprachförderung bauen wir eine Brücke zwischen den unterschiedlichen Kulturen und heißen Jugendliche und junge Erwachsene in unserem Land willkommen!

1.2. Projektbeschreibung

Das Projekt „**Zwischen den Welten!**“ besteht aus 4 Phasen:

- Phase 1: Sprachkurs**
- Phase 2: Entwicklung Musiktheater und Proben**
- Phase 3: Erstellung eines Trailers und PR**
- Phase 4: Aufführung**

1.2.1. Sprachkurs

Jugendliche Flüchtlinge (bis zu 24 Jahren) mit bereits abgeschlossenem Sprachkurs des Niveaus B1 werden durch den Familienverband angesprochen und können sich für das Kombiprojekt bewerben.

Der Kurs startet im August und wird bis zur Aufführung fortgeführt. Inhalte sind Alltagskompetenzen für den Ausbildungs- und Arbeitsmarkt, der Erwerb des Sprachniveaus B2 und begleitende Themen für die Aufführungen. Der Unterricht wird laufend mit dem kulturpädagogischen Teil abgestimmt und umgekehrt.

Ziel des Kurses ist die Unterstützung des kulturpädagogischen Projektes in sprachlicher Hinsicht und das Bestehen einer Abschlussprüfung B2 mit Zertifikat des Familienverbands, um die sprachliche Ausbildungsreife zu belegen.

1.2.2. Entwicklung Musiktheater, Proben

Entwicklung

Dieses Projekt soll eine Brücke zwischen den Kulturen schaffen.

Ziel des kulturpädagogischen Teiles ist die begleitende Förderung von Sprachfertigkeiten, Kulturverständnis, Persönlichkeitsbildung und Alltagsbewältigung durch Musik und Kunst.

Durch Musik und Kunst als gemeinsamer Nenner und mit nonverbalen Kunstformen wie Tanz und Schauspiel wird ein erstes gemeinsames Erleben gelingen, das die Grundlage für ein vertrauensvolles Miteinander schafft.

Deutschsprachige „Paten“ derselben Altersstufe ergänzen die Gruppe und zeigen Kunst und Musik in ihrer eigenen Prägung. Sozialpädagogen begleiten und intensivieren den Prozess des interkulturellen Austausches. Jetzt werden gemeinsame neue Formen des Ausdrucks gesucht, eine Geschichte gemeinsam entwickelt. Die Andersartigkeit wird als belebend und interessant empfunden. Neues entsteht. Durch die Ausdrucksformen Tanz, Gesang, Rap, Hip-Hop, Schauspiel und Film wird der Tanz zwischen den kulturellen Welten dargestellt, Trennendes wie Verbindendes aufgegriffen und schlussendlich die Fusion zu einer multikulturellen Gruppe in Form eines musikalischen Schauspiels präsentiert.

Durch den Umgang mit Sprache in Musik und Schauspiel wird der neue Sprachschatz erweitert und die Integration in die Aufnahmegesellschaft gefördert. Durch die künstlerische Beschäftigung mit Alltagssituationen erhält das Projekt einen direkten praktischen Bezug. Der Sprachkursteil wird aktiv eingebunden und so Teil des Ganzen.

Gemeinsames Arbeiten, Erfolgserlebnisse und ein gegenseitiges Feedback stärken das Selbstvertrauen. Die Projektteilnehmer werden in Ihrer Welt abgeholt, eingeladen, die Andersartigkeit der Kulturen zu erleben und als wichtiger Bestandteil einer multikulturellen

Gesellschaft ihren Platz zu finden. Durch die intensive Zusammenarbeit können Freundschaften entstehen, die die neu Angekommenen in ein privates Netzwerk einbinden.

Teilnehmer erleben, dass sie der neuen Gesellschaft etwas zu bieten haben und nicht allein als Bittsteller ankommen. Die anfängliche hohe Motivation wird gestärkt.

Proben und Aufführung

Das Projekt ist konzipiert, um Flüchtlingen, die bereits grundlegende Kenntnisse der deutschen Sprache haben, eine praktische Umsetzung des Erlernten zu ermöglichen sowie die interkulturelle Integration in Ihre Altersgruppe zu unterstützen.

Nach einer anfänglichen Orientierungsphase können die Teilnehmer und Paten sich Schwerpunkte suchen. Anschließend werden Sie in einer Kombination aus Film/Schauspiel/Songwriting oder Gesang/Tanz unterrichtet.

Die Jugendlichen und Dozenten entwickeln eine Geschichte als musikalisches Schauspiel, das teilweise verfilmt wird. Dieses bildet das Grundgerüst der Aufführung. Tanz und Gesang greifen das Thema auf und werden mit den Filmsequenzen verwoben. Im Fach Songwriting begegnen sich Musikstile der Herkunftsländer und des Aufnahmelandes und durch diese Fusion entsteht ein buntes Bild eines multikulturellen Miteinanders.

1.2.3. Erstellung eines Trailers und PR

Die während der Proben entstandenen Filmsequenzen sowie die im Studio erstellten Musiktitel werden zu einem 2 minütigen Trailer zusammengefasst. Dieser kann dann zu Werbezwecken für die Aufführung genutzt werden.

Die Bewerbung der Aufführung erfolgt über die örtliche Presse und das Internet. Das Ausländeramt wird seine internen Kanäle nutzen, um seinerseits auf die Aufführung aufmerksam zu machen. Weiterhin werden die Kooperationspartner Hörfunk und den WDR ansprechen.

1.2.4. Aufführung

Aufführung des musikalischen Schauspiels auf einer öffentlichen Bühne. Bei Bedarf kann die Premiere für den Sponsor mit Gästen und eingeladene Gäste reserviert werden.

Nach einer Premiere kann die Gesamtpresentation auch im Rahmen interkultureller Anlässe aufgeführt werden.

2. Zielgruppe und Gesamtziel

Zielgruppe

Zielgruppe sind Flüchtlinge im Alter von 15 bis 27 Jahren, die bereits einen Sprachkurs mit B1 Niveau abgeschlossen haben. Die deutschen Paten sind erfahrene Teilnehmer der gleichen Altersgruppe.

Gesamtziel

Die Vereine music4everybody! e.V. und der Deutscher-Familienverband Nordrhein-Westfalen e. V. Bildungsforum möchte die Zielgruppe „Flüchtlinge“ mit künstlerisch kreativem und sprachlichen Training dazu befähigen, die primären Hemmnisse zu überwinden, um das Gefühl des Angekommenseins zu stärken, damit eine nachhaltige Integration in die Gesellschaft und den Ausbildungs- und Arbeitsmarkt gelingen kann.

Die Teilnehmenden werden dort aufgefangen, wo sie stehen. Sie werden in ihrer Individualität gewertschätzt und in Umgang mit unbekanntem Abläufen begleitet: Hierdurch werden persönlichkeitsbildende Prozesse ermöglicht und unterstützt.

Den Teilnehmenden wird Raum geben, die Traumata der Flucht- und Vertreibung bei Bedarf anzusprechen und in Tanz, Gesang und Schauspiel im Rahmen aufzuarbeiten. Die Paten sind willkommen, um die Kommunikation „Zwischen den Welten“ zu unterstützen.

Das Projekt soll das gegenseitige Verständnis und die Bereitschaft zur Hilfe fördern sowie die Kommunikation untereinander stärken. Eine zusätzliche pädagogische Betreuung wird im Projekt durch Sozialpädagogen gewährleistet.

Die teilnehmenden Jugendlichen und jungen Erwachsenen erwerben neben kreativen Fähigkeiten insbesondere

- Selbständigkeit, Leistungsfähigkeit und Selbstbewusstsein,
- soziale Kompetenz wie Frustrationstoleranz, Konfliktfähigkeit und Teamfähigkeit,
- selbständige Entwicklung und Umsetzung gemeinsamer Ideen,
- Aktivierung und Ausweitung des bereits erlernten Wortschatzes, Sprachniveaus,
- Praktische Fähigkeiten für den Alltag,
- Interkulturelles Verständnis.

3. Fachliche Inhalte

Sprachkurs

In einem speziell auf Jugendliche/junge Erwachsene zugeschnittenen Sprachkurs Deutsch als Zweitsprache Niveau B2 wird die sprachliche Kompetenz der Teilnehmenden in allen sprachlichen Kompetenzen (Hörverstehen, Sprechen, Leseverstehen, Schreiben und Grammatik) ausgebaut und die Teilnehmenden werden auf eine interne Abschlussprüfung des Niveaus B2 vorbereitet.

Modern Dance/Jazzdance/New Style

Die Teilnehmenden erlernen unter fachlicher Anleitung die Grundzüge des jeweiligen Tanzstils. Eigene Choreografien werden entwickelt und in eine Szene eingebunden. Schnittstellen zu den Sängern werden gebildet.

Gesang

Die Jugendlichen und jungen Erwachsenen lernen, ihre Stimme wie ein Instrument zu nutzen. Neben einer Einführung in die Grundlagen der Stimmbildung erhalten die Teilnehmenden Gruppentraining und individuelles Einzeltraining. Die Songs des musikalischen Schauspiels werden im Chor- und Sologesang erarbeitet. Anschließend erfolgen eine szenische Umsetzung und die Einbindung in die Choreografiegruppe.

Songwriting/Rap&Beat

Musiker entwickeln mit den Teilnehmenden eigene Songs. Unter Zuhilfenahme von vorhandenen Samples und Tontechnik werden diese in einem portablen Tonstudio aufgenommen und gemastert. Die entwickelten Songs werden mit dem Bühnenstück thematisch vereint und bei der Aufführung genutzt.

Schauspiel/Film

Aus dem interkulturellen Dialog wird ein Stück entwickelt, einzelne Szenen im Film aufgegriffen und mit dem Tanz und Gesang verbunden. Die eigens entwickelten Songs unterstützen und bilden teilweise die Plattform für Szenen und Tanz.

3.1. Ablaufplan

Sprachkurs (August bis Januar)

Wöchentliche Trainingscamps Musiktheater (Oktober bis Januar)

Aufführung der Premiere und evtl. einer zweiten Vorstellung (Januar)

Sprachkurs

In 300 Unterrichtsstunden á 45 Minuten werden die Teilnehmenden auf die B2 Prüfung vorbereitet, dieses Niveau stellt eine sprachliche Ausbildungsreife dar, und erhalten eine unterstützende Sprachförderung für die künstlerischen Projektteile.

Wöchentliches Trainingscamp

In vier parallelen Kursen erarbeiten die Teilnehmende mit den Paten eine eigene Performance. Diese wird dann im Laufe des Projektes zusammengefügt.

Aufführung

Das erstellte Bühnenstück wird mit einer Live-Band geprobt und aufgeführt.

Die Premiere ist speziell für Angestellte und Freunde des fördernden Unternehmens sowie VIP Gäste gedacht.

4. Finanzierung**4.1. Finanzierungsumfang**

Honorare der Dozenten und Sozialpädagogen, Unterrichtsequipment, Aufführungskosten, Werbemittel, Mieten, Technik, Catering.

4.2. Finanzierungsquellen

Finanzplan

5. Träger, Kooperationen und Dozenten**Träger**

Der gemeinnützige Verein „music4everybody e.V.“ wurde von Künstlern und engagierten Eltern gegründet und ist Träger des Konzeptes „Zwischen den Welten“.

Der Verein music4everybody e.V. ist verantwortlich für Konzeption, Organisation und personelle Umsetzung des künstlerischen Projektteils.

Der Verein Music4everybody! e.V. erstellt seit einigen Jahren kreative Gesamtkonzepte für Schulen im Rahmen des offenen Ganztages und von nachmittäglichen Arbeitsgemein-

schaften. Es besteht in verschiedenen Kommunen eine gute Vernetzung zu Jugendamt, Schulen, Vereinen, Jugendzentren und Trägern der Jugendhilfe.

Der Deutscher-Familienverband Nordrhein-Westfalen e. V. Bildungsforum arbeiten seit über 50 Jahren in dem Bereich Familie, Integration, Sprachförderung, berufliche Vorbereitung und allgemeine Bildung für Menschen mit und ohne Migrationshintergrund. Der DFV kooperiert mit dem Ausländeramt, dem Bundesamt, anderen Ämtern, Behörden, Trägern und Organisationen um Projekte in diesem Sinn durchzuführen.

Der Deutscher-Familienverband Nordrhein-Westfalen e. V. Bildungsforum legt bei seiner Arbeit Leitbilder zur ganzheitlichen Förderung aller Teilnehmenden und ihrer Familien zugrunde, als wesentliches Bildungsziel und als grundlegende Voraussetzung für wirkliche Teilhabe an der Gesellschaft.

Der Deutscher-Familienverband Nordrhein-Westfalen e. V. Bildungsforum ist ein vom BAMF zugelassener Träger für Integrationskurse und ESF BAMF Kurse.

Kooperationspartner
Ausländeramt

Dozenten

Die Qualität eines Projektes sowie die künstlerische Note werden eindeutig durch die Dozenten geprägt. Wir freuen uns, dass wir für unser Projekt hochqualifizierte Dozenten begeistern konnten, die Inszenierungserfahrungen im In- und Ausland vorweisen können.

Zusammenfassung der Konferenz

Dr. Helmut Fogt, Deutscher Städtetag

Mit den fundierten Vorträgen von Integrationsexperten aus Wissenschaft und Praxis, der Vorstellung nachahmenswerter Schlaglichter aus den Städten, den regen Diskussionen und vielen Gesprächen konnte ein wertvoller Beitrag dazu geleistet werden, dass das so wichtige Thema „Integration von Flüchtlingen – Herausforderungen und Perspektiven in den Städten“ auf der politischen Ebene, in der städtischen Verwaltung sowie in der Fachöffentlichkeit noch besser wahrgenommen und breiter verankert wird. Die Konferenz hat eindeutig gezeigt, dass sich vor Ort entscheidet, ob die Integration von Flüchtlingen gelingt.

Der inhaltliche Kern der Konferenz lag auf der Diskussion der Organisation und Ausgestaltung der vor den Städten liegenden systematisch und perspektivisch neu zu denkenden Integration von dauerhaft bei uns bleibenden Menschen – die erfolgreiche Integration von Flüchtlingen in Arbeit und Ausbildung, in Schule und Kindergarten, die Vermittlung von Sprache, die Koordination von ehrenamtlichem Engagement und die Versorgung mit angemessenem Wohnraum.

Namhafte Redner steuerten Fachbeiträge bei – darunter die Staatsministerin bei der Bundeskanzlerin und Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration Aydan Özoğuz, die auf eindrucksvolle Weise die Flüchtlingszuwanderung aus integrationspolitischer Perspektive beleuchtete. Sie verdeutlichte die tragende Rolle der Städte bei der Integration von Zuwandernden und die hohen Anforderungen, die derzeit diesbezüglich an die Städte gestellt werden. Auch Fritz Kuhn, Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Stuttgart, machte die große Verantwortung deutlich, welche die Städte derzeit tragen und warb für eine neue integrationspolitische Offensive. Er stellte die Notwendigkeit neuer Initiativen und verstärkter Anstrengungen heraus, die ein gedeihliches Zusammenleben verschiedener Kulturen unter Einhaltung einer grundlegenden Ordnung ermöglichen. Ausdrucksvoll illustrierte er, dass Integration ein langer aber alternativloser Weg ist. Thomas Eiskirch, Oberbürgermeister der gastgebenden Stadt Bochum, stellte anschaulich die lange Tradition von gelingender Integration in seiner weltoffenen Stadt vor, in der heute mehr als 170 Nationalitäten leben. Herr Prof. Dr. Haci Halil Uslucan, stellvertretender Vorsitzender des Sachverständigenrats deutscher Stiftungen für Migration und Integration sowie wissenschaftlicher Leiter des Zentrums für Türkeistudien und Integrationsforschung an der Universität Duisburg-Essen steuerte einen Vortrag zur Zuwanderung als Chance für Städte und deren Herausforderungen und Perspektiven bei und griff dabei insbesondere die psychologische Dimension von Migration und Integration auf.

Hinzu kam die beachtenswerte Präsentation von Beispielen aus der städtischen Integrationspraxis, anhand derer die konkrete Flüchtlingsintegration in den Städten erörtert wurde. So wurden in Form von Schlaglichtern die Wege städtebaulich integrierter Unterbringung von Asylbewerbern und Flüchtlingen in Dortmund, ein Förderprojekt für geduldete Jugendliche und Heranwachsende in Köln sowie die Koordination von ehrenamtlichem Engagement für Flüchtlinge in zwei Bochumer Stadtteilen vorgestellt. Die Beispiele konnten auf diesem Weg zum Nutzen aller über die Stadtgrenzen hinaus bekannt gemacht werden. Für die Teilnehmenden ergaben sich daraus zahlreiche Anregungen und Anknüpfungspunkte für die eigene praktische Arbeit in den Städten.

Insgesamt wurde deutlich, dass die Herausforderungen, die bei der erfolgreichen Gestaltung von Flüchtlingsintegration an die Städte gestellt werden, stetig weiter wachsen. Sie unterliegen seit einigen Jahren zunehmenden Veränderungen. So hat sich das globale Wanderungsgeschehen in den vergangenen Jahren erheblich ausdifferenziert. Die nach

Deutschland Zuwandernden kommen auf der Suche nach Schutz oder einem Leben in Wohlstand aus immer mehr Regionen der Welt und bringen unterschiedlichste kulturelle und religiöse Identitäten und Potenziale mit. Sie haben verschiedene Bleibeperspektiven in Deutschland. Manche Menschen möchten schnell in ihre Heimat zurückkehren. Durch die Flüchtlingszuwanderung steigt die Anzahl der in unsere Gesellschaft zu integrierenden Menschen aktuell stark an. Auf diese quantitativen und qualitativen Veränderungen muss auch die kommunale Integrationspraxis reagieren. Neue integrationspolitische Perspektiven sind erforderlich, welche diese neuen Rahmenbedingungen berücksichtigen.

Mit der Konferenz ist es ein weiteres Mal auf eindrückliche Art und Weise gelungen, auf die große Bedeutung von langfristig gelingender Integration von Flüchtlingen aufmerksam zu machen und vielfältige Diskussionen anzustoßen. Mit der Diskussion eines hoch aktuellen Themas mit einer Vielzahl von Expertinnen und Experten für Flüchtlingsintegration wurde ein wichtiger Beitrag zur breiteren Verankerung der Integrationsthematik sowohl in den Verwaltungen von Städten und Politik als auch in der Fachöffentlichkeit geleistet. Den Teilnehmenden wurde in Bochum die Gelegenheit geboten, sich mit Ideen und Strategien aus Politik, Wissenschaft und der kommunalen Praxis zu befassen und sich intensiv zu Handlungsoptionen der Städte auszutauschen, um Zugewanderte in verschiedenen Handlungsfeldern in unsere Gesellschaft zu integrieren. Über die Fachbeiträge und die praktischen Beispiele aus den Städten war gewährleistet, dass sowohl theoretische Zugänge und Erkenntnisse als auch konkrete und in der Praxis erprobte Strategien Bestandteil der Konferenzen waren. Sowohl die Fachvorträge als auch die konkreten praxisbezogenen Anregungen wurden von der Verwaltungs- und der politischen Ebene in den Städten sowie der interessierten Fachöffentlichkeit mit großem Interesse aufgenommen.

Die Konferenz hat unterstrichen, dass die Städte ihren erfolgreich begonnen Weg der Integration von Flüchtlingen in Deutschland unbeirrt fortsetzen werden, auch wenn es kein leichter Weg werden wird. In den Städten wird seit jeher Vielfalt gelebt und das Miteinander gestaltet – auch in Zukunft.

Die Reihe der Veranstaltungen zur Integration des Deutschen Städtetages bedarf – hinsichtlich langfristiger und an gesellschaftspolitisch virulenten Fragen der Integration ausgerichteter Perspektiven – einer Fortsetzung.

Herausgeber

Deutscher Städtetag

Zusammengestellt und bearbeitet von

Dr. Hanna Sommer

Textverarbeitung

Grit Höhne

In Kooperation mit



Stadt Bochum
Oberbürgermeister

Gefördert von

Robert Bosch **Stiftung**

Mit Unterstützung von



ISBN 978-3-88082-293-1

© Deutscher Städtetag Berlin, Köln 2016

Deutscher Städtetag

Hauptgeschäftsstelle Berlin, Hausvogteiplatz 1, 10117 Berlin, Tel. 030/37711-0, Fax 030/37711-139

Hauptgeschäftsstelle Köln, Gereonstraße 18 - 32, 50670 Köln, Tel. 0221/3771-0, Fax 0221/3771-128

Internet: www.staedtetag.de; E-Mail: post@staedtetag.de